Technik und Kultur

ZEITSCHRIFT DES VERBANDES DEUTSCHER DIPLOM-INGENIEURE

Schriftleiter: Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz

22. JAHRGANG | BERLIN, 15. MÄRZ 1931 | Nr. 3, S. 37–60

Dipl.-Ing. Dr. rer. pol. Hermann CORSTEN, Berlin-Lichterfelde-West, Bibliothekar an der Preußischen Staatsbibliothek zu Berlin:

DIE PHILOSOPHISCHEN GRUNDLAGEN EINES BIBLIOGRAPHISCHEN SYSTEMS DER TECHNIK

Es mag befremdlich erscheinen, von einem neuen bibliographischen System der Technik zu sprechen, zu einer Zeit, in der die Dezimalklassifikation im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion steht. Aber abgesehen von der Tatsache, daß dieses neue, auf philosophischer Erkenntnis aufgebaute System von der größten deutschen Bibliothek, der Staatsbibliothek zu Berlin, mit Erfolg seit längerer Zeit benutzt wird, darf doch wohl gerade bei den Lesern dieser Zeitschrift ein Interesse dafür vorausgesetzt werden, inwieweit philosophische Erkenntnisse als Grundlage zu einem praktischen Ordnungssystem gedient haben. Einschränkend muß dabei gesagt werden, daß es sich um theoretische Gedanken nur insofern handelt, als es nötig ist, den Begriff Technik als Grundlage des bibliographischen Systems zu untersuchen, während es bei der Ausführung dem Bibliographen unbenommen bleibt, aus praktischen Erwägungen heraus, von der Theorie mehr oder weniger weit abzuweichen.

Darüber hinaus möchte dieser Bericht einen Einblick in die Denk- und Arbeitsweise eines Berufes, nämlich die des technischen Bibliothekars, eröffnen, der, wenn auch der Allgemeinheit kaum bekannt, aus der ständig wachsenden Bedeutung des technischen Schrifttums für das Bibliothekswesen erwachsen ist.

Die Frage nach der Möglichkeit eines bibliographischen Systems der Technik heißt die Frage nach dem Wesen der Technik stellen. Systematisch denken bedeutet ja nichts anderes als einen Begriff in seine Komponenten zerlegen, seine Beziehung zu anderen Begriffen klären und den Begriffselementen den gehörigen Platz im System anweisen.

Es gibt eine Reihe von Definitionen des Begriffes Technik. Am häufigsten ist wohl die Gleichsetzung der Technik mit Wirtschaft. Es ist dies verständlich, wenn man bedenkt, eine wie große Rolle die Wirtschaft in der Entwicklung der Technik gespielt hat. Wenn aber auch zugegeben werden kann, daß die moderne Technik von der Wirtschaft gewaltige Antriebe empfangen hat und auf der gegenwärtigen Wirtschaftsstufe wirtschaftliche Gesichtspunkte technisches Schaffen entscheidend beeinflussen, so ist doch der Technik die Frage nach der Rente von Hause aus fremd. Sie hat, wie E. Zschimmer sich ausdrückt, mit der Wirtschaft so wenig zu tun, wie die Kunst mit dem Kunsthandel. Die wirtschaftliche Auffassung der Technik erklärt uns vor allem eine sehr wichtige Seite, nämlich die spielerisch-ästhetische nicht, die sich besonders in einem dem Künstler verwandten Typ des Erfinders ausprägt. In einer Zeit, die, mit der kalvinistisch-puritanischen Auffassung von der Arbeit, sich ganz das Arbeitspathos dieser Weltanschauung zu eigen gemacht hatte, mußte dieser künstlerische Typ des Technikers ganz aus dem Bewußtsein der Menschen verschwinden.

Technik ist aber auch nicht erklärt, wenn man sie eine angewandte Naturwissenschaft nennt. Objekt der Naturwissenschaft wie der Technik ist die Materie. Aber während es dem Naturwissenschaftler um die Erkenntnis der das Wesen der Materie bestimmenden Naturgesetze zu tun ist, bedient sich ihrer der Techniker als Voraussetzung. Die naturwissenschaftliche Auffassung der Technik stammt aus einer Zeit, in der dem großen Aufschwung der Naturwissenschaften ein ebensolcher der Technik folgte. Diese hatte sich bald zu einem Kulturfaktor entwickelt, der nicht mehr zu übersehen war. Was lag da näher, als daß man die großen technischen Fortschritte als eine Folge der in die Praxis übergeführten Naturgesetze zu verstehen suchte, eine Anschauung, die auch von den führenden Ingenieuren jener Zeit, z. B. Reuleaux, geteilt wurde. Ihren vorzüglichsten Ausdruck hat die Anschauung in dem Werke von Ernst Kapp: Grundlinien einer Philosophie der Technik[1] gefunden. Auf Grund darwinistischer Überlegungen kommt Kapp zur Übertragung biologischer Vorstellungen auf technische Objekte. Er spricht von der Technik als einer Organprojektion und will zeigen, daß jede technische Neuschaffung sich auf ein von der Natur geschaffenes Gebilde zurückführen lasse. Das Auge ist das Vorbild der Linse, der menschliche Organismus Vorbild der Dampfmaschine. Philosophisch ist dieser Versuch Kapps unzulänglich und sachlich sogar vielfach falsch. Wo z. B. wäre in der Natur ein Vorbild für das Zahnrad zu finden?

Aber als Ausdruck dieser materialistischen Epoche ist Kapps Buch äußerst wichtig. Wir können als Erfolg eine erste Stufe in der Erkenntnis des Wesens der Technik feststellen. Die naturgesetzliche Kausalität ist in ihrer ganzen Bedeutung als wesentliche Voraussetzung der Technik erfaßt.

Was aber dem rückwärtsschauenden Beobachter von heute als ein klarer Abschnitt in der Erkenntnis vor Augen steht, mag dem Zeitgenossen erst nach und nach zum Bewußtsein gekommen sein. Und so treten auch nur langsam die Anzeichen eines selbständigen technischen Geistes hervor. Man sucht die Technik losgelöst

[1] Braunschweig: Westermann 1877

aus ihrer Verbindung mit der Naturwissenschaft zu sehen und als eine selbständige Erscheinung zu begreifen. Es ist aber ein weiter Weg bis zur vollständigen Erfassung technischen Wesens, und nur allmählich schreitet die Entwicklung vorwärts.

Viktor Engelhardt[2] ist diesen Gedanken auf ihren verschlungenen Pfaden nachgegangen. Es würde zu weit führen, diesen Weg hier nochmals zu beschreiben, und es mag die Feststellung genügen, daß er von Wilhelm Ostwald über den Positivismus E. Machs zum Vaihingerschen Pragmatismus führt. Vaihingers Vorstellungswelt ist ganz von technischen Bildern durchsetzt. „Der letzte und eigentliche Zweck des Denkens ist das Handeln", heißt es bei ihm[3]. Immer stärker tritt von jetzt ab der Zweckgedanke hervor und immer mehr wird die Bedeutung des Zweckes als eines wesentlichen Bestimmungsmerkmales der Technik betont. Von den Zwecken her ist technisches Handeln bestimmt, und jede technische Arbeit wird sinnvoll nur in bezug auf den erstrebten Zweck. Von den Zwecken her erhält sie Sinn und Wert. Wo aber Zwecke sind, da verlangt die Vernunft nach dem Willen, der sich für die Verwirklichung eines erstrebten Zieles einsetzt. Damit rückt die mit diesem Willen begabte Persönlichkeit, der Ingenieur, in den Mittelpunkt der Betrachtung. Die Technik, aufgefaßt als eine aus dem subjektiven Erlebnis des Ingenieurs erstrebte Verwirklichung eines Zweckes, das ist, nach jahrelangem Ringen, die zweite in der Erkenntnis des Wesens der Technik erreichte Stufe.

Aber die Entwicklung geht noch weiter. Man glaubt die Zeit gekommen, die Technik zur Grundlage einer Philosophie machen zu können. Es kann an dieser Stelle nur andeutungsweise von den hier gemeinten Gedanken E. Zschimmers[4] und Fr. Dessauers[5] gesprochen werden.

Beide sehen die Technik am klarsten im Wesen des Erfinders ausgeprägt. Zschimmer sieht in der technischen Idee, um deren Verwirklichung der Erfinder ringt, nichts anderes als die Idee der materiellen Freiheit und der Willensfreiheit. „Freiheit des Geistes im positiv-schöpferischen Sinne: das ist der Sinn der Technik."[6]

Nach Dessauer liegt das Problem darin, daß der Techniker etwas in die Wirklichkeit hineinversetzt, das vorhin nicht darin war. Realisierung, also Überführung einer Idee, aus dem Reiche der „prästabilierten, eindeutigen Lösungen" in die Wirklichkeit, darin sieht er das Wesen der Technik. Damit wird die Technik schöpferische Tat schlechthin.

Die oben angeführte Definition, die die Technik aus dem subjektiven Erlebnis des Ingenieurs ableitet, läßt aber eine sehr wichtige Seite, nämlich die objektive, unbeachtet. Es ist dies die Seite ihres Wesens, die zur Auswirkung kommt, wenn sich ein technisches Werk von seinem Schöpfer loslöst und sein Eigenleben beginnt. Es erwachsen daraus alle die Ausstrahlungen wirtschaftlicher, rechtlicher, soziologischer, psychologischer und anderer Art, die nach seiner Verselbständigung von ihm ausgehen.

Wir haben vorher ausgeführt, daß die Technik es mit der Materie zu tun hat und dadurch den Gesetzen unterliegt, die ihr Wesen bestimmen. Diese Materie wird nach den Absichten des Ingenieurs planmäßig geformt, immer in Hinblick auf die Zwecke, von denen er sich bei seinen Arbeiten leiten läßt. Die Auffassung der modernen Physik von der Materie als Energiequantum berechtigt aber, die Technik als eine planmäßige und zweckhafte Umformung von Energie zu definieren. Dabei umfaßt der Begriff Umformung auch die Tätigkeit, welche die Energie in ihrem inneren Wesen wie in der äußeren Form zwar unverändert läßt, sie aber in einer umänderungsbereiten Form darbietet, hier Bereitstellung genannt.

Jetzt können wir endgültig das Wesen der Technik formulieren: Es ist nach dem Willen des Ingenieurs, in Übereinstimmung mit dem Naturgesetz vor sich gehende Bereitstellung und Umformung von Energie, deren Auswirkungen sich nach ihrer Verselbständigung in die Sphäre der Wirtschaft, des Rechts usw. erstrecken.

Es erhebt sich nun die Frage, was mit einer solchen Definition für die Zwecke eines bibliographischen Ordnungssystems gewonnen ist. Zunächst muß aber überhaupt geprüft werden, ob die Technik, wie wir sie oben abgeleitet haben, identisch ist mit der Technik, wie sie sich dem Bibliographen in der Gestalt der zu ihm hereinströmenden technischen Bücher vorstellt. Mit anderen Worten, es ist zu untersuchen, ob die so aufgefaßte Technik mit der Erfahrungswelt des technischen Bibliographen übereinstimmt.

Diese Frage muß bejaht werden.

Ob es sich nun um ein Buch handelt, das die chemischen oder physikalischen Voraussetzungen eines technischen Problems in wissenschaftlicher Weise zum Gegenstand hat, oder um eine schlichte Darstellung für den Arbeiter, alle sind geschrieben in Hinblick auf die Verwirklichung einer technischen Idee. Alle wollen helfen, die Realisierung eines technischen Objektes zu ermöglichen.

Aber eine Einschränkung muß gemacht werden. Die relative Häufigkeit in der literarischen Behandlung eines technischen Gegenstandes darf nicht etwa dazu verleiten, einen entsprechenden Rückschluß auf den absoluten Wert des behandelten Problems zu machen. Beides kann übereinstimmen, muß es aber durchaus nicht. Auch technische Bücher werden nicht nur aus Gründen des inneren sachlichen Wertes des behandelten Gegenstandes gedruckt.

Hier beginnt die Arbeit des Bibliothekars. Adolf von Harnack[7] hat sie derjenigen eines Linné bei der Aufstellung seines Pflanzensystems gleichgesetzt. Sie ist es auch, die den Beruf des Bibliothekars als einen wissenschaftlichen qualifiziert und einen wirklichen Kenner des zu ordnenden Wissenschaftsgebietes voraussetzt. „Sapientis est ordinare", sagte Thomas von Aquin.

Die Anwendung unserer endgültigen Definition als Grundlage eines bibliographischen Systems der Technik ergibt folgendes Ordnungsschema:

Technisches Handeln hat Naturerkenntnis als Voraussetzung.

A Grundlagen der Technik:
1. Mathematik,
2. Naturwissenschaften.

B Mittel zur Energie-Bereitstellung und -Umformung: Werkzeug, Apparat, Maschine.

C I Planmäßige Bereitstellung:
1. Landwirtschaft,
2. Bergbau.

C II Planmäßige Umformung:
1. Hüttenkunde,
2. Chemische Technologie,
3. Mechanische Technologie.

---

[2] Viktor Engelhardt: Weltanschauung und Technik. — Leipzig: Meiner 1922.

[3] H. Vaihinger: Die Philosophie des Als—Ob. 6. Aufl. — Leipzig: Meiner 1920. S. 95.

[4] E. Zschimmer: Philosophie der Technik. 2. Aufl. — Jena: Volksbuchhandlung 1919.

[5] Fr. Dessauer: Philosophie der Technik. — Bonn: Cohen 1927.

[6] E. Zschimmer: Technik und Idealismus. — Jena: Volksbuchhandlung 1920. S. 23.

[7] A. von Harnack: Geleitwort zum Gesamt-Zeitschriften-Verzeichnis, herausgegeben vom Auskunftbureau der deutschen Bibliotheken. — Berlin: Königliche Bibliothek 1914, S. IV.

C III Komplexe Anwendungsgebiete von C II 2 und C II 3
Bauwesen

Da sich alle technischen Vorgänge innerhalb der Wirklichkeit des Lebens abspielen, so unterliegen sie selbstverständlich auf jeder Stufe ihres Ablaufes rechtlichen, wirtschaftlichen, hygienischen, ästhetischen und anderen Voraussetzungen und Beeinflussungen.

D Die Technik in ihrer Beziehung zu anderen Gebieten:

Hierhin gehört die Literatur, in der die Technik die Veranlassung oder gleichsam Objekt einer wirtschaftlichen, rechtlichen u. a. Problemstellung geworden oder, anders ausgedrückt, die Technik vom Standpunkt des Wirtschaftlers oder Juristen gesehen ist. Hier ist der Übergang von dem System der Technik zu einem System, in dessen Mittelpunkt die Wirtschaft oder das Recht steht. Auf dieser Linie hat der Schnitt zu erfolgen, der die Technik von einem System, etwa des reinen Rechtes, trennt.

Bibliographisch würde sich das folgendermaßen auswirken:

1. Technik und Recht,
2. Technik und Wirtschaft,
3. Technik und Kunst,
4. Technik und Medizin — usw.

So ergibt sich ein System, das organisch auf der Grundlage von Mathematik und Naturwissenschaften erwächst, die Technik aus der subjektiven Auffassung des Ingenieurs in den Mittelpunkt stellt und die Technik in ihrer Beziehung zu anderen Gebieten an die Peripherie der Betrachtung rückt.

Professor Dr.-Ing. Georg GARBOTZ, Berlin:

DEUTSCHLANDS JUGEND UND DER REICHSGEDANKE AM TAGE DER 60. WIEDERKEHR DES FESTAKTES ZU VERSAILLES

Rede zur Reichsgründungsfeier in der Technischen Hochschule Berlin am 18. Januar 1931

Sechs Jahrzehnte sind heute verflossen, seit an dem denkwürdigen 18. Januar 1871 nach einem beispiellosen Siegeslaufe der deutschen Heere durch Frankreich im Spiegelsaal zu Versailles die Proklamierung König Wilhelms I. von Preußen zum ersten Deutschen Kaiser erfolgte. Der Traum der deutschen Jugend, die Hoffnung der 48er Demokraten, das Sehnen eines ganzen Volkes war in Erfüllung gegangen. Der damalige Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen konnte in sein Tagebuch schreiben: „Die langjährigen Hoffnungen unserer Voreltern, die Träume deutscher Dichtungen sind erfüllt und, befreit von den Schlacken des heiligen römischen Unsegens, steigt ein an Haupt und Gliedern reformiertes Reich unter dem alten Namen und dem tausendjährigen Abzeichen aus 60jähriger Nacht hervor."

Am 9. November 1918 zerbrach nach einem in der Geschichte nie gesehenen heldenmütigen Ringen des ganzen deutschen Volkes gegen eine Welt von Feinden die deutsche Kaiserkrone; das Reich aber blieb uns erhalten. Wir hatten gebauet ein stattliches Haus! Die Form ist wohl zerbrochen, was hat's denn für Not? So wir nur mit dem Liede sagen können, der Geist lebt in uns allen, und unsere Burg ist Gott, wird diese Feierstunde zur Erinnerung an die 60. Wiederkehr des Tages von Versailles uns zur Weihestunde mit heiligem Gelöbnis werden.

Viele sehe ich hier und andernorts sich am heutigen Tage um die Altäre des Vaterlandes scharen, viele aber, und vielleicht nicht immer die schlechtesten unserer Volksgenossen, stehen abseits. Warum vor allem kehrst du, Deutschlands Jugend, dich in steigendem Maße ab, warum gehst du verbittert und vergrämt deine eigenen Wege? Warum erschöpfst du dich vielfach hoffnungsarm und freudelos im Verneinen? Es war nicht immer so in Deutschlands Geschichte. Und diese Geschichte, die auf Hunderten von Seiten mit dem Herzblut gerade unserer Edelsten geschrieben ist, sollte uns Lehrmeister sein!

Jena und Auerstädt waren geschlagen. Das Heer Friedrichs des Großen zerfetzt, Preußen zerstückelt. Die Lande seufzten unter dem Joch der fremden Eindringlinge. Ein deutschem Wesen fremdes Weltbürgertum kennzeichnete die geistigen Schichten des geborstenen Staatswesens. Da erstanden dem Lande Männer wie Fichte und Schleiermacher, Luden und Steffens, Jahn und Friesen. Sie wußten es, was das Lied bedeutet: Deutsche Jugend, unser Hoffen, unsere Zukunft, unsere Kraft! Bei der Erziehung an der Hochschule setzten sie ein. In seinen „Reden" an die deutsche Nation stellte denn Fichte auch die Erneuerung des deutschen Volkes aus eigenster, zur Selbsttätigkeit erweckter Kraft in den Mittelpunkt. Der Weg hierzu war ihm die durchgängige Reform der Erziehung, zu welcher Pestalozzi den Grund gelegt hatte. Das deutsche Volk hat in seiner Ursprünglichkeit eine nie versiegende, sich stets verjüngende Kraft, in dieser Kraft den Beruf und die Fähigkeit zu einer Geistesreform an Haupt und Gliedern. Das Band, welches bisher die einzelnen an die Gesamtheit knüpfte, waren, wie leider auch heute, die Einzelinteressen. Dieses Band ist zerrissen, und das so verbundene Ganze zugrunde gegangen. Ein neues Bindemittel ist notwendig; Interessen ganz anderer Art müssen von jetzt ab den einzelnen an die Gesamtheit fest und unauflöslich binden. Neue Interessen fordern ein neues Selbst. Im deutschen Volk lebt noch die geistige Urkraft der Menschheit, die neues Leben schaffen und mitteilen kann. In ihm muß daher eine neue sittliche Weltanschauung zur Wahrheit werden. Das Ziel der neuen Erziehung ist die sittliche Selbständigkeit als Frucht der Bildung. Es gilt für Fichte dabei ein falsch verstandenes Weltbürgertum zu ersetzen durch die wahre und allmächtige Vaterlandsliebe in der Erfassung unseres Volkes als eines ewigen und sie als Bürgen unserer eigenen Ewigkeit durch die Erziehung in aller Gemüter recht tief und unauslöschlich zu begründen.

Noch weiter ging der Historiker Luden in Jena. Während französische Späher seine Worte nachschrieben, sprach er im größten Hörsaal der Universität vor einer Fülle von Zuhörern, wie sie vordem nur Fichtes und Schillers Antrittsvorlesungen gesehen hatten, über das Studium der vaterländischen Geschichte. Im Unglück der Zeit, in der Versunkenheit und in der Zertretung des Vaterlandes, in der Auflösung aller gesellschaftlichen Bande will er den jugendlichen Geist lehren, daß das Vaterland auch in seiner tiefsten Erniedrigung Liebe verdiene. „Die größte Ehre", so rief er seinen Studenten zu, „wie das größte Glück eines Volkes ist es, frei dazustehen in eigentümlicher Kraft, jedem anderen Volke gleich, allem Angriff trotzend; die größte Schande aber wie das größte Unglück: einem anderen Volke unterworfen zu sein, zu dienen und fremde Eigentümlichkeiten

zu erhalten, nähren, fördern mit der eigenen. Ein Volk, welches seine Selbständigkeit aufgibt, gibt sich selbst auf und weiht sich dem Untergang, das Verdammungswürdigste, das geschehen mag."

Die Einheit des Volkes und des Staates forderte Arndt in seiner Flugschrift: „Germanien und Europa", eine einzige gewaltige Verwahrung gegen den grüblerischen verneinenden Geist der Aufklärung, der mit den Grundbegriffen der Religion auch die Grundlagen alles Staats- und Volkslebens erschüttert hatte. Nur durch sie könne neues, freudiges Leben erweckt werden. Mit dem politischen Boden eines Volkes versinkt zuletzt jede Kraft und jedes Streben.

So redeten sie zur Studentenschaft, so mahnten sie das Volk und die Regierenden. Die Hochschulen wurden die Hüter und Wahrer der neuen vaterländischen Gedanken, die Brennpunkte nationalen Lebens. Bis in die Zeit des neuen Reiches hinein, Jahrzehnte der Reaktion und Revolution überwindend, haben sie diese ihre größte Aufgabe erfüllt.

Denken Sie doch nur daran, wie sie 1813 hinausgezogen von der alma mater viadrina in Breslau, in heiliger Begeisterung ihr Leben dem Vaterlande opferten, einzig und allein durchglüht von der Hoffnung, daß mit dem Siege das Sichbewußtwerden eines beginnenden Volkes die Teilnahme aller einzelner Staatsbürger am Wohl und Wehe des Ganzen bringen müßte.

Es kamen die Jahre der Reaktion. Auf den Schlachtfeldern, Schulter an Schulter die Entbehrungen tragend mit allen anderen Volksgenossen, gereift kehrte Deutschlands Jugend zurück zur Hochschule und glaubte es nicht fassen zu können, daß die Ideale, für die sie gekämpft hatten, nicht staatliche Wirklichkeit werden sollten. Klarer und lauterer fügten sich die Gedanken. Wer dem Tod so oft ins Auge geschaut hatte, wer den Wert der Kameradschaft kennengelernt hatte, die Wucht wahrer Volksgemeinschaft hatte erleben dürfen, für den zerfloß das Trennende der Vorkriegszeit zu einem Nichts. Der Schimmer des früheren, meist in äußeren auffallenden Dingen seinen Glanz suchenden Lebens mußte vor jenen Ereignissen erblassen.

Der burschenschaftliche Gedanke stand auf, der Gedanke, alle ehrenhaften und vaterländischen Burschen unter einer Fahne zu sammeln und so der Allgemeinheit ein Beispiel wirklicher Volksgemeinschaft zu geben. Keine gebietenden und verbietenden Gesetze sollten den früheren Mißbräuchen abhelfen. Die Jugend, welche bestimmt ist, einmal die Geister zu führen, sollte durch das freieste Gesetz der Meinung und durch den freiesten Meister, durch den Geist beherrscht werden. „Weg", rief Ernst Moritz Arndt, „mit allen kleinlichen Versuchen der gewöhnlichen Zierlichkeiten und Ehre, womit man die gewaltigen Leidenschaften und Triebe der Jugend zahm und kirre machen will! Weg mit allen noch so schönen und menschlichen Gesetzen, wodurch man Sitte und Tugend vergeblich zu schaffen meint! Und das Leben ergriffen und die Kraft des Lebens gestählt und als das Höchste des Lebens vorangestellt!"

Den reinsten und edelsten Ausdruck dieser vaterländischen Bestrebungen der deutschen Jugend fanden diese in dem Wartburgfest am 18. Oktober 1817. Nicht schöner kann der Geist dieser Feier wiedergegeben werden als durch die Worte, mit denen Heinrich Riemann im Namen der Jenaischen Burschenschaft die Brüder begrüßte, die herbeigeeilt waren, gemeinschaftlich das Fest der Wiedergeburt des freien Gedankens und den Gedächtnistag der Befreiung des Vaterlandes zu feiern: „Das Bild der Vergangenheit uns vor die Seele zu rufen, um aus ihr Kraft zu schöpfen für die lebendige Tat in der Gegenwart, gemeinschaftlich uns zu beraten über unser Tun und Treiben, unsere Ansichten auszutauschen, das Burschenleben in seiner Reinheit uns anschaulicher zu machen und endlich, unserem Volke zu zeigen, was es von seiner Jugend zu erhoffen hat, welcher Geist sie beseelt, wie Eintracht und Brudersinn von uns geehrt werden, wie wir ringen und streben, den Geist der Zeit zu verstehen, der mit Flammenzügen in den Taten der jüngsten Vergangenheit sich uns kundtut. Nur zu lange war Vaterlandsliebe einem verderblichen Weltbürgersinn gewichen. Nach jahrelanger Knechtschaft rief uns endlich die Freiheit auf. Was das erwachte Volk zu opfern versprach im Gefühl der erlittenen Schande, im Bewußtsein der verjüngten Kraft, in dem Vertrauen auf den allmächtigen Gott, das zeugen die blutigen Schlachtfelder des heiligen Krieges, vor allem die Fluren Leipzigs.

Vier lange Jahre sind seitdem verflossen. Und wie gesprochen für uns; das deutsche Volk hatte schöne Hoffnungen gefaßt, sie sind alle vereitelt. Alles ist anders gekommen, als wir erwartet haben; viel Großes und Herrliches, was geschehen konnte und mußte, ist unterblieben. An dem aber, was wir erkannt haben, wollen wir halten, solange ein Tropfen Blutes in unseren Adern rinnt. Der Geist, der uns hier zusammengeführt, der Geist der Wahrheit und Gerechtigkeit, soll uns leiten durch unser ganzes Leben, daß wir, alle Brüder, alle Söhne eines und desselben Vaterlandes, eine eherne Mauer bilden gegen jegliche äußeren und inneren Feinde dieses Vaterlandes, daß uns in offener Schlacht der brüllende Tod nicht schrecken soll, den heißesten Kampf zu bestehen, wenn der Eroberer droht; daß uns nicht blenden soll der Glanz des Herrscherthrones, zu reden das starke, freie Wort, wenn es Wahrheit und Recht gilt, daß nimmer in uns erlösche das Streben nach Erkenntnis der Wahrheit, das Streben nach jeglicher menschlichen und vaterländischen Tugend. Mit solchen Grundsätzen wollen wir einst zurücktreten ins bürgerliche Leben, fest und unvertilgbar im Herzen die Liebe zum einigen deutschen Vaterland."

Diese auch trotz enttäuschter Hoffnungen bewußte Zielsetzung auf das einige deutsche Vaterland, der Reichsgedanke, ist Deutschlands Jugend dann nicht mehr verlorengegangen. Kein Kampf der Herrschenden, keine Verfolgung der Bürokratie haben sie in ihrem Ideal wankend machen können. Noch zweimal hat sie dem Vaterland beweisen dürfen, was sie gesungen: „Hab' und Leben dir zu geben, sind wir allesamt bereit": 1870 und 1914. Mit Stolz denke ich an die herrlichen Stunden, als wir am 31. Juli 1914 Abschied nahmen von studentischem Frohsinn und mit einem ergreifenden Landesvater den Treuschwur für Kaiser und Reich erneuerten. Nicht einer von uns, die wir damals Aktive, Inaktive und Alte Herren waren, wollte zurückbleiben. Ein edler Wettstreit, wer zuerst als Kriegsfreiwilliger angenommen wurde, setzte bis weit in die Kreise der ältesten Akademiker ein. Tage herrlicher, schönster Begeisterung folgten. Ganz Deutschland erhob sich wie ein Mann. Was wir nie geglaubt, es wurde Tatsache: Wir waren ein einig Volk von Brüdern. Wohl dem, dem es vergönnt war, mit dabei zu sein, als uns aller Herzen zuflogen in stolzer Begeisterung, als es für alle nur einen Ruf gab: „Zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein, wir alle wollen Hüter sein."

Tage und Jahre schwerster eisernster Pflichterfüllung folgten. Die Zähne aufeinandergebissen, haben wir dem Anprall der ganzen Welt standgehalten. Die Begeisterung schrumpfte zusammen, der Wille blieb, stahlhart. Wie Kometen erhellten den kriegerischen Alltag die Heldentaten unseres Heeres und unserer Flotte, die Heldentaten der einzelnen Kämpfer. Durch eine Hölle von Blut, Dampf und Eisen sind sie hindurchgestürmt, die jungen Studenten; das Deutschlandlied auf den Lippen, sanken sie dahin. Deutschlands Jugend aber ist im Reichsgedanken nicht wankend geworden!

Und heute? Meine lieben Kommilitonen, lassen Sie es mich Ihnen zurufen: Halten Sie an in der Liebe zum Vaterlande, lassen Sie sich den Reichsgedanken nicht

rauben! Stehen Sie nicht abseits, weil Ihnen die Gesichter seiner Staatsmänner nicht gefallen! Verwechseln Sie nicht Reich und Regierung. Denken Sie, daß noch im Jahre 1861 die Breslauer Burschenschaft sich anläßlich des Empfanges König Wilhelms I. in Breslau von der „lächerlichen Huldigung" fernhielt und doch kurz zuvor die Schillerfeier zu einer Apotheose der Vaterlandsliebe ausgestaltet hatte. Stellen Sie sich positiv zum Staate ein! Denken Sie daran, daß es ein schönes Vorrecht der Jugend ist, zu brausen und extrem zu sein, aber auch zu gehorchen. Hängen Sie nicht uferlosen Wünschen nach! Gedenken Sie des Goethe-Wortes:

„Vergebens werden ungebundne Geister
Nach der Vollendung reiner Höhe streben.
Wer Großes will, muß sich zusammenraffen.
In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister,
Und das Gesetz nur kann uns Freiheit geben."

Ist es nicht nahezu ein Wunder an Volkskraft, daß wir uns das Reich, trotz Zusammenbruch und Revolution, Hunger und Aussaugung, Inflation und Wirtschaftskrise erhalten haben? Ist dieses höchste Gut nicht wert, daß Deutschlands Jugend unter Zurückstellung alles Trennenden sich einig ist in der Liebe zu ihm und in der Arbeit für es?

Lassen Sie auch uns mit Bismarck wie einst beim Empfang der 6000 Studenten in Friedrichsruh sagen:

„Halten wir vor allem, was wir haben. Es sind Kämpfe in Deutschland ja immer gewesen, und die heutigen Fraktionsspaltungen sind ja auch nur die Nachwehen der alten deutschen Kämpfe in den Städten zwischen den Geschlechtern und zwischen den Zünften, in den Bauernkriegen zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden. Alle diese tiefgehenden geologischen Spaltungen im Deutschen Reich, die lassen Sie uns vertilgen. Wir müssen mit unseren Gegnern auch Nachsicht haben, jedoch nicht unsererseits darauf verzichten, zu kämpfen. Das Leben ist ein Kampf, und ohne innere Kämpfe kämen wir zuletzt zur Versteinerung. Ohne Kampf kein Leben! Nur muß man in allen Kämpfen die nationale Frage doch immer als Sammelpunkt haben. Und das ist für uns das Reich, nicht so, wie es vielleicht gewünscht wird, aber so, wie es besteht."

Denken Sie auch an die Drangsale und die Nöte der Burschenschafter aus den Jahren der Reaktion, an die Reuter, Duncker, Karl Schurz u. a., die nicht nur im Gefängnis, sondern auch fern der Heimat, aus der sie fliehen mußten, dem Reichsgedanken nie untreu geworden sind. Streben Sie mit allen Mitteln aber auch danach, als geistige Führer den Vaterlandsgedanken ins Volk zu tragen, damit wir wieder werden ein einig Volk von Brüdern! Wie kein Stand sind gerade wir Techniker berufen, an den Stätten der Arbeit, Schulter an Schulter mit unseren handarbeitenden Volksgenossen um Deutschlands wirtschaftliche Existenz ringend, die sozialen Gegensätze auszugleichen. Es gehört nur etwas Mut hierzu und viel Herz, dazu die stete Bereitschaft, in Reih und Glied miteinzuspringen, wenn es gilt, seinen Mitarbeitern als Chef auch einmal das, was man von ihnen fordert, selbst vorzumachen.

Eine Mahnung aber klingt aus dem Wartburgfest in all unsere heutige innere Zerrissenheit hinüber! Professor Oken aus Jena rief sie schon vor hundert Jahren den Studenten zu. „Hütet euch aber, ein Abzeichen zu tragen und so zur Partei herabzusinken; das bewiese, daß ihr nicht wißt, daß der Stand der Gebildeten in sich den ganzen Staat wiederholt und also sein Wesen zerstört durch Zersplitterung in Parteien. Der Staat ist euch jetzt fremd, und nur insofern gehört er euer, als ihr einst wirksame Teile darin werden könnt. An die Masse gilt es sich anzuschließen; der einzelne geht immer und notwendig gegen das Ganze zugrunde." Sollte es nicht vielleicht doch richtiger sein, wenn die Studentenschaft als Ganzes über den Parteien schwebte, wenigstens an der Hochschule ein leuchtendes Beispiel gäbe des Zusammenklanges vaterländischer Gesinnung, frei im Geist und frei im Wort, nicht gebunden durch Parteidogmen oder -programme, durch Interessenpolitik und Rücksichten auf die Masse. Ich höre es doch aus Ihrem Munde: Viel zuviel regiert bei uns beklagenswerterweise das Parteibuch. Ich weiß es, Sie wollen Taten sehen, Taten statt bloßer Worte, statt uferloser Pläne klare Zielsetzung, dann aber auch in den Grenzen des gegenwärtig Erreichbaren! Lassen Sie dazu in sich wieder das altgermanische Führerideal lebendig werden. Der soll Herzog sein, der ein Mann ist, und der es versteht, der Masse seinen Führerwillen aufzuzwingen, der kein Zurückweichen vor verschwommenen weltbürgerlichen Ideen kennt, der in vorderster Linie nur sich selbst verantwortlich als Kämpfer steht. Deutschland hat auch in der Nachkriegszeit solche Männer hervorgebracht; sie gilt es, ganz gleich welcher Konfession oder Partei, zu stützen!

Stellen Sie auch die höchsten Anforderungen an Ihren eigenen Geist und Ihren Körper, werden Sie stahlhart und deutsch! Weg mit fremder Verweichlichung! Praktische Ziele, überparteilich für den Reichsgedanken tätig zu sein, haben Sie übergenug. Geben Sie sich dem deutschen Bedürfnis nach Kritik nicht zu sehr hin, möchte ich mit dem Altreichskanzler sagen. Graben Sie in Ihr und unser aller Herz den Kampf gegen die Kriegsschuldlüge, das Aufbäumen gegen die ungerechten Fesseln des Versailler Diktats. Treten Sie ein für die Wehrfähigkeit des deutschen Volkes, für die Stützung der Auslandsdeutschen, für deutsche Arbeit in den Grenzmarken. Denken Sie daran, daß es noch einmal wahr werde, was Ernst Moritz Arndt in seinem Liede gesungen hat: „Was ist des Deutschen Vaterland? So weit die deutsche Zunge klingt, und Gott im Himmel Lieder singt, das soll es sein!"

Helfen Sie mit an der Vertiefung der Auffassung von den Pflichten eines Akademikers. Lassen Sie wieder geistige Ideale über materielle Interessen triumphieren, wenn Sie auch als Techniker mit dabei sein wollen, den Strom lebendigen Lebens des Volksstaates in neue Bahnen zu lenken. Tragen Sie bei zur Veredelung der Sitten beim Austrag von Meinungsverschiedenheiten an der Hochschule und im Volke. Seien Sie im stolzen Bewußtsein Ihres Volkstumes tolerant, tolerant gegenüber Andersdenkenden in politischen, Glaubens- und Rassefragen! Dann werden Sie gleiche Stimmungen auf der Gegenseite auslösen. Vielleicht haben wir sodann auch die Freude, die Frage der deutschen Studentenschaft einmal reifen zu sehen. Lasset euch, soweit ihr in Korporationen und Vereinen zusammengeschlossen seid, den Freundschaftsbund eurer Jugend ein Bild werden des vaterländischen Staates, dessen Dienst ihr später euer ganzes Leben weihen wollt. Lasset euch aus dem Freundschaftsbund eurer Jugend den Geist wiederkommen in das Leben unseres Volkes, der jünglingsfrisch ein deutsches Gemeinschaftsgefühl für Vaterland, Freiheit und Gerechtigkeit erwachsen lassen soll.

Nur sollten Sie bei all dieser nationalen Arbeit an der Hochschle nicht vergessen, daß Sie auch Studenten sind. Arbeit und Jugendfrohsinn gehören also als integrierende Bestandteile zu dem Dreiklang, der Ihnen das Leben an der Alma mater zu einem harmonischen Grundakkord für Ihr späteres Leben gestalten soll.

Ich bin der Letzte, der unter dem Schlagwort „Arbeit" einem charakterlosen Strebertum das Wort reden wollte. Dazu habe ich selbst zu sehr die goldene Jugendzeit ausgekostet. Wer dann trotzdem rechtzeitig seine Examina machen kann, der hat Gelegenheit, an sich selbst die Anforderungen zu stellen, die ihn für das Leben stählen sollen. Lassen Sie nicht den Materialismus schon in der Jugend Ihre Herzen verdorren! Ich warne Sie auch

davor, das Konkurrenzprinzip schon auf der Hochschule und Universität nicht zum Stadion für einen Wettlauf um die Zahl der Übungsergebnisse werden. Nicht der ist der Beste, der die meisten Vorlesungen und Praktika aufzuweisen hat, nicht der, der am meisten weiß, sondern der, der am meisten kann. Ich rede keiner goldenen Mittelmäßigkeit das Wort, ich weiß auch, daß nicht jeder der Erste sein kann. Seien Sie aber sich selbst verantwortungsbewußt genug, um sich zu sagen, hier habe ich meine Pflicht getan. Streben Sie danach, Führer zu werden, suchen Sie das, was Sie im Leben brauchen: gesunden Menschenverstand, offenen Blick zu schulen!

Genießen Sie aber vor allem Ihre Jugend! Nicht in öder Bierbankphilisterei, nicht im smarten Jazzbandgetändel oder den nervenzerstörenden Freuden der Großstadt. Denken Sie daran, ein Glück, wie wir es uns in der Jugend erträumen, gibt es im Leben kaum. Das höchste Glück bist eben du, du Überschäumen, du goldener Jugendtraum! Schütteln Sie dann und wann die gerade bei uns ja besonders staubige Luft der Hörsäle von sich ab, gehen Sie hinaus in den lachenden Frühling, den ernteschweren Sommer, den farbendurchgluteten Herbst, den Winterzauber unserer Berge und Wälder! Wandern Sie mit den bescheidenen Ansprüchen der Vorkriegszeit durch unser schönes Vaterland, trunken im Gefühl sportgestählter, gesunder Körper, aufjauchzend in dem Dreiklang: Liebe, Lied und Wein! Dann werden Sie rechte Baumeister werden am stolzen Bau des Reiches, denn den Jugendfrohsinn als Fundament, die Arbeit als tragende Mauern, die Liebe zum Vaterlande als krönendes Dach soll und muß uns die Gewähr geben, daß Kind und Kindeskinder noch werden singen können:

Deutschland, Deutschland über alles,
Über alles in der Welt.

VON DER ORDENTLICHEN AUSSCHUSSTAGUNG 1930

(Schluß zu Seite 24—26)

III

Im Anschluß an den Bericht des Vorstandes über die „Allgemeinlage“ [1] ist im einzelnen über die Verbandsarbeit berichtet. Aus diesem Teil des Gesamtberichtes sei nachstehendes auszugsweise wiedergegeben.

Hochschulfragen. — Der gesamte Fragenkomplex, den man unter Hochschulfragen zusammenfassen kann, machte einen wesentlichen Teil der Verbandsarbeit aus. Fraglos hat der Verband auch in der Berichtszeit für die

Hochschulreform

fruchtbar gewirkt. Die Diskussion über die Umgestaltung der Technischen Hochschulen ist nicht mehr abgerissen. Auch die Tagespresse hat sich der Frage angenommen, und zwar durchaus im Sinne der Verbandsbestrebungen. In der Verbandszeitschrift ist darauf und auf weitere Stimmen zur Hochschulreform zusammenfassend hingewiesen worden[2].

Bei den Technischen Hochschulen sind da und dort Versuche im Gange und teils in Angriff genommen, um eine Änderung des bisherigen Systems der Ausbildung durchzuführen. Am meisten dürfte dabei die an der Technischen Hochschule Karlsruhe getroffene Maßnahme Beachtung beanspruchen[3]. Bei den bisherigen Maßnahmen an den Technischen Hochschulen ist aber die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß manches an der Oberfläche hängenbleibt und nicht in die Tiefe der Reformnotwendigkeit geht.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die Arbeit in der Hochschulreformfrage sich nur langsam ausreifen kann. Festzustellen ist, daß — wenn auch vielfach ängstlich vermieden wird, die Verbandsarbeit als Quelle zu nennen, es das Verdienst des Verbandes ist und bleibt, die Dinge in Fluß gebracht zu haben. Es wird Sache planvoller Weiterarbeit sein, daß keine Ruhe eintritt. Das erstrebte Ziel liegt klar, und es konnte bisher kein Grund gesehen werden, es abzuändern. Beim Preußischen Unterrichtsministerium hat das vom Verband aufgestellte Reformziel jedenfalls Billigung gefunden. Der Verwirklichung hindernd stand bisher die materielle Frage im Wege.

Zu den auch in der Tagespresse kritisch behandelten Verleihungen der

Ehrendoktor-Würde

ist mehrfach Stellung genommen worden. Es liegt im Interesse unseres Standes, daß das Ansehen der Technischen Hochschulen und ihrer akademischen Grade, das hier sicher zum mindesten bedroht ist, nicht geschädigt wird. Die

Überfüllung der Technischen Hochschulen

war Gegenstand eingehender Erwägungen. Nach wie vor muß die beste Abhilfe in der Reform der Technischen Hochschulen, wie sie der Verband betreibt, gesucht werden. Es ist zu beachten, daß — zum Teil infolge des starken Andranges an Nachwuchs — fast alle Berufe die Anforderungen gesteigert haben. Man hat in der letzten Zeit soviel vom sogenannten Berechtigungswesen geredet und geschrieben, dem man an der Überfüllung der höheren Schulen und den Hochschulen alle Schuld zuschreiben möchte. Und überall wird die Forderung nach dem „Abbau“ des Berechtigungswesens erhoben. Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß in mancherlei Berufen die Forderungen an die schulmäßige Vorbildung überspannt, in einigen Fällen auch lächerlich überspannt wurden. Aber man vergißt zu leicht, daß diese Überspannung nicht primär, sondern sekundär ist. Primär ist ohne Zweifel der übermäßige Andrang zu allen Berufen bei unserem verengten Arbeitsraum. Beachtlich erscheint, daß der „Abbau“ in erster Linie bei den Bedingungen für die Zulassung zu dem Studium an den Hochschulen versucht wird. Dabei sind bei den Diplom-Ingenieuren die Anforderungen an den Nachwuchs seit 30 Jahren nicht gestiegen, sie sind vielmehr relativ gesunken. Denn in dieser Zeit sind zweifelsohne die Forderungen, die an die Studierenden während des Studiums gestellt werden, gestiegen, entsprechend der Entwicklung der wissenschaftlichen Technik. Andererseits sind aber die Leistungen der höheren Schulen gesunken. Das dürfte durch das Zeugnis auch der Lehrer der Universitäten feststehen. Eine Steigerung der Anforderungen an die grundlegende Vorbildung ist erforderlich und sicher nicht unbillig. Aber auch eine Steigerung der Wissenschaftlichkeit der Ausbildung an den Technischen Hochschulen selbst. Diese hat unter dem Massenbetrieb mancher Hochschulen gelitten, wodurch das Niveau der Diplom-Ingenieure zu sinken droht. In dieser Hinsicht wird offenbar noch zuwenig die tatsächliche Entwicklung des

[1] Technik und Kultur 22 (1931) 24—26

[2] Steinmetz, K. F.: Bemerkungen zur Hochschulreform. — Technik und Kultur 21 (1930) 93—96, 140—143.

[3] Kluge, H.: Die Studienreform an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe. — Technik und Kultur 21 (1930) 173—178, 204, b.

technischen Fachschulwesens beachtet. Die Frage der Überfüllung der Technischen Hochschulen ist eine Frage der Abhaltung der Ungeeigneten vom Studium und der strengen und rechtzeitigen Siebung. Daneben aber auch der richtigen und planvollen Berufsberatung. Will man den Aufstieg der Tüchtigen, was jeder Vernünftige zu fördern bestrebt sein wird, so muß man auch den Mut finden, die „Untüchtigen" abzusondern und sie Berufen zuzuführen, die für sie geeignet sind.

Viel kommt dabei der Einstellung der

Höheren Schulen

zu. Sowohl hinsichtlich der Berufsberatung als auch hinsichtlich ihres Ausbildungszieles und ihrer Ausbildungshöhe. Den höheren Schulen wird der Verband auch weiterhin deshalb seine Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Wir haben früher schon einmal in wirksamer Arbeit auf die höheren Schulen hingewiesen und das Problem ihrer Reform in einer besonderen Druckschrift behandelt, die weite Verbreitung fand und sehr beachtet wurde. Auch in der Berichtszeit wurde dieses Kapitel in der Zeitschrift mehrfach angeschnitten.

Die Beziehungen des Verbandes zu den

Studierenden

wurden gepflegt. Doch ergaben sich hier Schwierigkeiten, die im wesentlichen durch die Zersplitterung der Studentenschaft bedingt sind.

Aufmerksam verfolgt wurden die Maßnahmen, durch die man den Grundsatz des

Aufstieges der Tüchtigen

verwirklichen will. Bisher versuchte man dies im wesentlichen dadurch, daß man sich der Vorbedingungen zum Vollstudium an den Technischen Hochschulen annahm. Niemand wird gegen das Studium Tüchtiger etwas einzuwenden haben, auch wenn sie nicht durch die Höhere Schule gegangen sind. Was aber verlangt werden und was unabdingbare Voraussetzung bleiben muß, das ist, daß das Niveau der Diplom-Ingenieure hinsichtlich ihrer grundlegenden allgemeinen Bildung nicht sinken darf. Mit einer Veränderung dieses Niveaus ist auch eine Änderung des Niveaus der wissenschaftlich-technischen Ausbildung verbunden. Hier muß die vorgeschriebene Ergänzungsprüfung Ventil und das Sieb bleiben. Es kann und darf nicht der Sinn der Technischen Hochschulen werden, ein Stockwerk auf der höheren Fachschule zu sein. Das würde eine Abwärtsentwicklung bedeuten und immer weiter von dem Ziel entfernen, dem die Technischen Hochschulen zugeführt werden müssen.

Weiterbildung der Diplom-Ingenieure. — Dem Verbandsgrundsatz entsprechend, scheidet die rein technisch-fachliche Weiterbildung bei der Verbandsarbeit aus. Sie ist eine Frage der technisch-wissenschaftlichen Organisationen. Doch ist es zu begrüßen, daß in verschiedenen Bezirksvereinen örtlich mit den technisch-wissenschaftlichen Vereinen auch in dieser Hinsicht zusammen gearbeitet wird. So namentlich im Ruhrgebiet, wo durch die Mitwirkung auch unserer Bezirksvereine das „Haus der Technik" entstand und vorbildliche Arbeit leistet. Soweit es dem Verbande möglich ist, unterstützt er diese Arbeit. Selbst aktiv in dieser Aufgabe vorzugehen, muß er ablehnen. In Frage kommt für die Verbandsarbeit, in Verfolg des Zieles, dem Diplom-Ingenieur in der Verwaltung mehr Geltung zu verschaffen, in erster Linie die Ausbildung für den leitenden technischen Dienst in der

Kommunalverwaltung.

Diese seit Jahren verfolgte Arbeit, die auf eine systematische Ausbildung der Diplom-Ingenieure im Gemeindedienst abzielt, führte zu einer Vorlage bei den Bezirks-Vereinen. Nunmehr wurde die Arbeit erneut aufgegriffen in Verbindung mit dem Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine und den technischen Akademikern im Dienste der Stadt Berlin. Damit soll eine breitere Plattform und eine stärkere Stoßkraft beim Städtetag geschaffen werden. Die Arbeiten sind im Gange.

Des weiteren hat der Verband sich, mit Rücksicht auf die wachsende Bedeutung der Auswanderung und der

Auslandsstellungen

der Frage der Weiterbildung für solche Tätigkeit angenommen. Im Rahmen der „Arbeitsgemeinschaft für Auslands- und Kolonialtechnik (Akotech)" wurde bei der Veranstaltung einer entsprechenden Vortragsreihe in Berlin zur Vermittlung von Kenntnissen über das Ausland mitgewirkt. Die Vorträge wurden von besonderen Kennern von Land und Leuten sowie der technischen Anforderungen und Möglichkeiten der behandelten Länder gehalten. Diese Maßnahmen, die auch seitens der Regierung Unterstützung und Förderung fanden, werden auch weiterhin durchgeführt. Zur weiteren Auswertung dieser Arbeit wurden die grundlegendsten und beachtlichsten Vorträge durch die Zeitschrift allen Mitgliedern nähergebracht.

Die Ausbildung der jungen Diplom-Ingenieure in der

Industrie,

also die systematische Einführung und Einfühlung in die verschiedensten Zweige der praktischen Betätigung, wurde in ihrer Weiterentwicklung durch die Abwärtsbewegung der Konjunktur wesentlich gehemmt. Diese Frage wird aber Gegenstand der Bearbeitung bleiben und gefördert werden, sobald die notwendigen Vorbedingungen wieder gegeben sind.

Standesbezeichnung — Akademischer Grad. — Solange den Absolventen der Technischen Hochschulen eine sie eindeutig kennzeichnende Standesbezeichnung nicht gegeben ist, bleibt nach wie vor der akademische Grad Dipl.-Ing. gleichzeitig Standesbezeichnung der technischen Akademiker. Die Bestrebungen nach einem Schutz der Bezeichnung Ingenieur in Deutschland wurden verfolgt. Der Stand der Angelegenheit ist unverändert in der Schwebe. Die Frage wird aber notgedrungen wieder akut werden, spätestens bei beginnender Durchführung der Eingliederung des Staates

Österreich

in das Deutsche Reich. Der Verband hat mit der Standesorganisation der österreichischen Kollegen gerade in dieser Angelegenheit regste Fühlung. Neuerdings ist in

Italien

eine Regelung durchgeführt, wonach durch ein Dekret den Absolventen der Technischen Hochschule samt und sonders der Doktor-Grad zuerkannt wurde. Ferner sind die Vorgänge in

Frankreich

zu beachten, wo neuerdings stärkere Bestrebungen zum Schutze der Bezeichnung Ingenieur zutage getreten sind. Schließlich ist u. a. auch die

Tschechoslowakische Republik

zu nennen, in der ein Ingenieur-Gesetz nach österreichischem Vorbild in Kraft ist. Mit der Standesvertretung der deutschen Ingenieure des genannten Landes sind wir in Beziehungen getreten.

Der Schutz der

akademischen Grade

der deutschen Technischen Hochschulen, Dipl.-Ing. und Dr.-Ing., wurde weiterhin durchgeführt. Die Fälle des Mißbrauches des Grades Dipl.-Ing. seitens Unbefugter haben wesentlich nicht abgenommen. Soweit Material zu erlangen war, wurden sie weiterverfolgt und der Mißbrauch abgestellt.

In jüngster Zeit ist namentlich der Mißbrauch des Dr.-Ing. in Erscheinung getreten, dadurch, daß neue

Doktor-Fabriken

im Ausland entstanden sind. Durch verschiedene Verurteilungen, zu denen die Verbandsarbeit ihr redlich Teil beigetragen hat, von Titelhändlern, die im wesentlichen mit fingierten Hochschulen und amerikanischen Korrespondenzbüros, die sich Universitäten nennen, arbeiteten, wurde dieser Zweig der Fabrikation zunächst lahmgelegt. Die Fabrikation wird aber wohl wieder aufgenommen werden, weshalb hier besonderes Augenmerk am Platze ist. An Stelle dieses Zweiges sind neuerdings zwei Institute in Belgien getreten. Darüber ist in der Verbandszeitschrift berichtet worden. Der Hoffnung sei Ausdruck gegeben, daß diese sicher nicht als angenehm empfundene Arbeit bald ganz eingestellt werden könnte.

Sozialarbeit. — Die bekannte Entwicklung der Wirtschaftslage beeinflußte die Arbeit der Gesetzmaschine auf dem Gebiete der Sozialpolitik in der Hinsicht, daß sich das bisherige Zeitmaß wesentlich verlangsamt hat. Anderseits führte die wirtschaftliche Entwicklung zu erheblichen Schwierigkeiten bei den

Sozialversicherungen,

in erster Linie bei der Arbeitslosenversicherung, die den ganzen Etat des Deutschen Reiches bestimmend beeinflußt, und der Krankenversicherung. Wiederholt ist zu der Reform dieser Versicherungen Stellung genommen worden; leider sind unsere Voraussagen über die Entwicklung eingetroffen: bei der Arbeitslosenversicherung mußte die materielle Belastung der Versicherten und der Wirtschaft ständig vermehrt werden, und das Ende ist noch nicht abzusehen. In der Krankenversicherung war eine „Reform" zunächst in der Richtung beabsichtigt, daß der versicherte Personenkreis zur Heranziehung weiterer günstiger Risiken erweitert werden sollte. Dagegen wurde in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium eindeutig Stellung genommen und verlangt, daß eine Änderung des versicherten Personenkreises — soweit er die technischen Akademiker angeht — nicht stattfinden möge. Inzwischen ist die Reform dieser Versicherung andere Wege als ursprünglich beabsichtigt zunächst gegangen.

Hinsichtlich des

Arbeitsgerichtsgesetzes

haben Besprechungen stattgefunden mit dem Ziele, bei passender Gelegenheit erneut gegen das Gewerkschaftsmonopol, das dieses Gesetz für die erste Instanz enthält, vorzugehen. Diese Frage wird im Auge zu behalten sein.

Zu der Sozialarbeit sei auch die Stellungnahme zu der Steuergesetzgebung gerechnet. Der Verband kann an diesen Fragen nicht vorbeigehen, will er die wirtschaftlichen Grundlagen des Standes und die Stellung des Standes im ganzen wahren und günstig beeinflussen. So mußte auch zu der

Gewerbesteuer

für Freie Berufe Stellung genommen werden. Einmal bedeutete diese Steuer eine Verschlechterung der im Freien Berufe stehenden Akademiker in ideeller Hinsicht, da ihr wissenschaftlicher Beruf zum Gewerbe gemacht wird, zum andernmal sollte hier eine Berufsgruppe, die durchaus in ihrer Gesamtheit kein starkes wirtschaftliches Fundament hat und jeglicher Sicherung für Not und Alter entbehrt, mit einer Sondersteuer belegt werden. Konnte im verflossenen Jahre durch die energische und geschlossene Front der akademischen Berufsstände die Steuer in Preußen verhindert werden, so führte in der Berichtszeit die politische Konstellation des Landtages zu ihrer Einführung.

Eine weitere Steuerfrage beschäftigte den Verband bei der Absicht, für alle Gehaltsempfänger ein sogenanntes

Notopfer,

das man Notopfer der „Festbesoldeten" nannte, einzuführen. Hier nahm der Verband im Rahmen des „Schutzkartells Deutscher Geistesarbeiter" gemeinschaftlich mit den noch angeschlossenen Verbänden in einer großen öffentlichen Kundgebung in Berlin Stellung. Der starke Widerstand führte dann auch dazu, daß die Regierung ihre ursprüngliche Absicht fallen ließ und diese Art der neuen Besteuerung stark modifizierte. In dieser Kundgebung wurde zum Ausdruck gebracht, daß wir natürlich jederzeit bereit sind, an der Steuerung der Not soweit als möglich teilzunehmen, daß aber dann auch alle Volkskreise dazu herangezogen werden müssen; bei der Begründung dieser Besteuerung war aber ausdrücklich angeführt worden, daß man große Einkommen nicht belasten könnte, da sie sonst noch weiter ins Ausland abfließen.

Eine Sonderheit der Sozialarbeit des Verbandes ist die Vertretung seiner Mitglieder auch bei Differenzen usw. aus dem Dienstverhältnis in der

Industrie

dem Unternehmen gegenüber. Das bereits 1920 getroffene Abkommen bei „Nordwest" für das Gebiet Rheinland-Westfalen wirkte sich weiter aus. In der Berichtszeit wurde diese Sozialarbeit nicht außer acht gelassen, und neue Schritte wurden eingeleitet. Sobald die Dinge hier weiter fortgeschritten sind, soll besonders berichtet werden.

Berufsschutz-Bestrebungen. — In der Berichtszeit spielte erneut die Frage des Schutzes des Titels

Baumeister

eine Rolle. Die historische Entwicklung der Baumeistertitelfrage, um die in der Vergangenheit auch zwischen den technischen Akademikern heftige Kämpfe stattgefunden haben, und der weitere Verlauf der Angelegenheit wurde in der Zeitschrift mehrfach dargelegt. Es darf hier deswegen wohl auf weitere Ausführungen verzichtet werden. Dem Reichsrat wurde von der Reichsregierung ein Verordnungsentwurf vorgelegt, der den Bezirks-Vereinen im Wortlaut zugegangen ist. Gemeinschaftliche, von uns angeregte Beratungen mit dem Bund Deutscher Architekten, dem Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine, dem Reichsbund der höheren technischen Beamten und der Gesellschaft für Bauingenieurwesen führten zur Annahme unseres generellen Standpunktes, diesen Verordnungsentwurf abzulehnen. In einer Alternative wurde, um dem jetzigen Entwurf wenigstens die die Akademiker schädigenden Eigenschaften zu nehmen, der Vorschlag gemacht, den Titel nur dem selbständigen Unternehmer zuzubilligen. Die gemeinschaftliche Eingabe ist den Bezirks-Vereinen zugegangen.

Die Regelung des Baumeistertitels gibt den Bestrebungen der

Zivilingenieure

um einen Berufsschutz neue Nahrung. Es ist unverkennbar, daß hier eine Regelung öffentliches Interesse beanspruchen kann. Der Verband hat hier seine Stellungnahme bei den Besprechungen mit den beteiligten Verbänden dahin ausgedrückt, daß eine solche Regelung nur mit der Regelung der „Ingenieurfrage" zweckhaft und allen Beteiligten gerecht werdend gemeinsam vorgenommen werden kann. In dieser Sache stehen weitere Beratungen bevor, weil der verflossene Deutsche Reichstag die Regierung zur Regelung der Bezeichnung

Architekt

aufgefordert hat, was wiederum mit der Regelung des Baumeistertitels in unmittelbarem Zusammenhang steht. Hier gehen aber die Meinungen der beteiligten Verbände noch stark auseinander, natürlich in erster Linie hinsichtlich des von dieser Bezeichnung zu erfassenden Personenkreises. In Verhandlungen soll zur gegebenen Zeit versucht werden, auch hier eine Einigung zu erreichen.

Arbeitsgemeinschaften. — Wiederholt ist bereits hier angeführt worden, daß mehrfach Arbeiten gemeinschaftlich mit anderen Verbänden behandelt und auch teilweise durchgeführt wurden. Neben solchen fallweisen Gemeinschaftsarbeiten besteht die offizielle Arbeitsgemeinschaft

VDAIV-VDDI,

die in der Berichtszeit lebendiger gestaltet werden konnte.

Die Arbeitsgemeinschaft

VÖIAV-VDDI

(Verband Österreichischer Ingenieur- und Architekten-Vereinigungen), welche aus dem während des Großen Krieges errichteten und danach eingegangenen Mitteleuropäischen Verband akademischer Ingenieurvereine hervorgegangen ist, war auch in der Berichtszeit lebendig. Die doch einmal kommende Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich gibt dieser Arbeitsgemeinschaft ihre besondere Bedeutung.

Auf der Tagung des VÖIAV in Linz a. d. D. wurde eine Ansprache unseres Verbandsvorsitzenden, Herrn Geheimrat Professor Romberg, auf der Festsitzung mit ganz besonderem Beifall aufgenommen; auf der geschäftlichen Tagung sprach der Verbandsdirektor über die Bestrebungen und die Arbeiten unseres Verbandes.

Auf der Tagung wurde weiter beschlossen, in die bestehende Arbeitsgemeinschaft den VDAIV einzubeziehen und auch die Verbindung mit den deutschen Ingenieuren in der Tschechei herzustellen. Beschlossen wurde ferner, die Frage der Standesbezeichnung gemeinsam zu untersuchen, um für die Zeit der Eingliederung Österreichs gerüstet zu sein.

Die

Akotech

(Arbeitsgemeinschaft für Auslands- und Kolonialtechnik) konnte in der Berichtszeit weiter gefördert werden in der Richtung, daß sie zu einer Zentralstelle für die Vermittlung von Auslandsstellen wird.

Gemeinschaftsarbeiten. — Handelt es sich bei den vorstehend ausgeführten Arbeiten um solche in ständiger Gemeinschaft mit bestimmten Verbänden, also um eine Art organisatorischer Verbundenheit zur Erledigung bestimmter Aufgaben, so wurde versucht, fallweise mit solchen Organiastionen, die jeweils für die betreffende Aufgabe in Betracht kamen, gemeinschaftlich zu beraten und zu arbeiten.

Erwähnt wurden bereits die Gemeinschaftsarbeiten in Steuer- und ähnlichen Fragen mit anderen akademischen Berufsständen. Ferner die Gemeinschaftsarbeit in der Baumeisterfrage. Über eine besondere, vom VDIAV nach Dresden einberufene Sitzung einer größeren Anzahl technischer Verbände mit dem Ziele der fallweisen Gemeinschaftsarbeit wurde in der Zeitschrift berichtet.

Der Vorstand wird dieser wichtigen Frage auch weiterhin seine volle Aufmerksamkeit zuwenden.

Mitgliedschaft bei Verbänden usw. — In einer Reihe von Organisationen arbeitet der Verband als Mitglied mit bzw. ist in der Leitung vertreten. Folgende sind kurz anzuführen:

Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Berufe

Hier haben sich die Organisationen der akademischen Landwirte, Volkswirte, Kaufleute, Handelslehrer mit uns zusammengefunden, um die Fragen der in der Reichsfinanzverwaltung tätigen Sachverständigen zu bearbeiten und zu regeln. Den Bezirksvereinen ist über die Arbeiten ein besonderer Bericht seinerzeit zugegangen.

Ausschuß für Prüfingenieure

für Statik. Auf allen seinen Sitzungen war der bzw. waren die Vertreter des Verbandes anwesend. Eine Reihe von Verbandsmitgliedern sind zu Prüfingenieuren ernannt worden.

Schutzkartell Deutscher Geistesarbeiter

Hier stehen wir in Verbindung auch mit anderen akademischen Berufsständen zur Behandlung von größeren, die geistige Mittelschicht besonders berührenden Fragen.

Ausschuß für Gebührenordnungen (AGO). — Bei der Aufstellung der GO sind wir beteiligt und arbeiten ständig in dieser wichtigen Körperschaft mit. Dem AGO weisen wir zur unmittelbaren Erledigung bei uns eingehende schwierigere Anfragen über die GO und deren Handhabung zu.

Weiter ist der Verband Mitglied und in der Leitung vertreten bei dem

Deutschen Versicherungs-Schutzverband,

der unseren Mitgliedern Vergünstigungen bei der Versicherungsberatung gewährt. Im

„Grünen Verein",

dem „Deutschen Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums" arbeitet der Verband an der Gestaltung der Gesetzgebung im Patentwesen mit.

Seit vielen Jahren besteht auch unsere Mitgliedschaft bei dem

Verein gegen Bestechung,

dessen Reinigungsarbeit wir durch die Mitgliedschaft unterstützen.

In aller jüngsten Zeit beteiligten wir uns an der Gründung der

Hauptstelle für das Revisions- und Treuhandwesen,

die ihre Arbeiten aufgenommen hat, und die von besonderer Wichtigkeit bei der Neuordnung des deutschen Aktienrechtes werden wird. In der Zeitschrift ist auch hierüber berichtet worden.

Daneben unterhält der Verband besondere

Beziehungen zu Verbänden

in freundschaftlicher Art, und zwar den ärztlichen und zahnärztlichen Standesorganisationen, dem Verband Deutscher Patentanwälte, dem Verein beratender Ingenieure, dem Bund deutscher Zivilingenieure u. a.

Besonders zu erwähnen ist die

Deutsche Zentralstelle für die Berufsberatung der Akademiker.

Über die Arbeiten dieser Stelle in der Berufsberatung ist in der Zeitschrift wiederholt berichtet worden.

So fließt in vielen Kanälen die Verbandsarbeit und hat — wenn auch nach außen oft nicht unmittelbar sichtbar — vielfachen Nutzen dem Stande und den einzelnen Kollegen gebracht.

Die Darstellung der Verbandsarbeit ist mit vorstehendem nicht erschöpfend. Eine große Zahl Sonderarbeiten lief nebenher, deren Aufzählung hier zu weit führen würde.

Dr. Oskar KARSTEDT, Berlin, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium:

ARBEITER-BESCHAFFUNG UND -BEHANDLUNG IN WARMEN UND HEISSEN LÄNDERN

Gekürzte Wiedergabe des am 19. Februar 1930 vor der Akotech (Arbeitsgemeinschaft für Auslands- und Kolonialtechnik) gehaltenen Vortrages der in Gemeinschaft mit dem Außeninstitut der Technischen Hochschule Berlin veranstalteten Vortragsreihe[1] über „Die Technik in warmen und heißen Ländern".

Wenn ich mich über Afrika verbreite, so lege ich lediglich die Verhältnisse im transsaharischen Afrika zugrunde. Maßgebend dafür ist der Umstand, daß die Verhältnisse im mittelländischen Afrika zu verschieden von denen im übrigen Afrika gegebenen sind, und daß die gesamte Wirtschaft, etwa in Algier oder Tunis, so stark europäisiert ist, daß man diese Gebiete nur noch als Anhängsel Europas betrachten kann.

Die Verhältnisse im übrigen Afrika sind mir zum großen Teil bekannt, und auch aus diesem Grunde schließe ich das mittelländische Afrika aus. Das geschieht nicht zuletzt auch deshalb, weil gerade die Literatur der letzten Jahre zu deutlich gezeigt hat, wie schwer es den Fernerstehenden ist, den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen des tropischen Afrikas gerecht zu werden.

Afrika ist, trotz Australien, für Europa der jüngste Erdteil. Tatsächlich ist unser Wissen um das Land noch mehr als lückenhaft. Der Europäer hat erst seit etwa 50 Jahren intensiv in Afrika zu arbeiten angefangen, und heute noch sind weite Gebiete, wenn nicht unbekannt, so doch unerforscht. Andererseits aber hat gerade die Entwicklung Afrikas seit dem Kriege gezeigt, daß die Welt mit diesem Land über ein Rohstoffreservoir verfügt, dessen Bedeutung zu erkennen uns gerade in dem abgeschnürten Deutschland nicht leicht gemacht wird. Afrika liefert heute mehr als die Hälfte der gesamten Goldproduktion, es steht in der Kupferlieferung an dritter Stelle (hinter den Vereinigten Staaten und Kolumbien). Die Diamantenerzeugung der Welt stammt mit etwa 350 Millionen RM jährlich aus Afrika. Für ein so wichtiges Rohprodukt wie Palmöl hat Afrika fast ein ausschließliches Monopol. Kakao, der noch bis vor 20 Jahren vorzugsweise von Südamerika geliefert wurde, stammt heute zu 85% der Welternte aus Afrika. Afrika verdrängt in der Platinproduktion mehr und mehr Rußland und Südamerika. Und dazu kommt dann schließlich noch, daß weite Teile Afrikas in den letzten Jahrzehnten wichtige Siedlungsgebiete für den europäischen Auswandererstrom geworden sind. Wenn irgendwo in der Welt gerade für den Techniker noch praktisch unerschöpfliche Betätigungsmöglichkeiten vorliegen, so ist es Afrika. Ich denke dabei vor allem an zwei wichtige Punkte: die Sanierung, d. h. die Überwindung der menschlichen und tierischen Krankheiten durch die Medizin und die Technik sowie die Wassererschließung und weiterhin an den Ausbau des Verkehrsnetzes.

Die gesamte Wirtschaft in Afrika wird beherrscht durch zwei überwiegende Tatsachen: 1. die Menschenarmut Afrikas und 2. den Umstand, daß, praktisch genommen, nichts den Afrikaner zwingt, Lohnarbeit zu übernehmen.

Afrika umfaßt mit seinen 30 000 000 qkm nur ungefähr 130 000 000 Menschen. Es hat also eine Bevölkerungsdichte, die ungefähr nur ein Vierzigstel von der Deutschlands beträgt. Dichter bevölkerte Gebiete haben wir im transsaharischen Afrika lediglich in Westafrika, wo teilweise 20 bis 21 Einwohner auf das Quadratkilometer entfallen, und dann noch am Nordende des Viktoriasees in Uganda, wo wir mit einer Bevölkerungsdichte von 11 rechnen können. Weite Gebiete liegen erheblich unter dem Durchschnitt von 4. Das bedeutet praktisch, daß die Arbeiter für die großen europäischen Anlagen, wie Bergwerke usw., teilweise über mehr als 1000 km hergeholt werden müssen.

Über die Gründe für die geringe Bevölkerung Afrikas zu sprechen, ist hier im einzelnen nicht der Ort. Immerhin müssen sie erwähnt werden, weil erst sie den Schlüssel für die Zukunftsentwicklung Afrikas geben. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Entwicklung Afrikas zum großen Teil von der Frage abhängt, ob es gelingt, die Bevölkerung nicht nur zu vermehren, sondern womöglich zu vervielfachen. Denn, um es vorweg zu sagen: schon jetzt leidet die doch erst in den Anfängen steckende moderne Wirtschaft in Afrika unter einem ganz erheblichen Arbeitermangel. Das gilt ebensosehr für die Goldminen Südafrikas wie für die Kupferminen im belgischen Kongo, wie schließlich auch für die Plantagen- und Siedlungsgebiete im gesamten östlichen Afrika.

In erster Linie wird als Grund für die Entvölkerung Afrikas die Sklaverei verantwortlich zu machen sein. Und zwar nicht etwa in ihrer Form als Sklavenhaltung, sondern in dem Sklavenraub. Noch in den 70er Jahren sind über Sansibar jährlich etwa 60 000 Sklaven verschifft worden. Man wird nicht übertreiben, wenn man annimmt, daß zur Lieferung dieser 60 000 Sklaven 500 000 Afrikaner ihr Leben lassen mußten.

Mindestens ebenso schlimm haben sich die Seuchen ausgewirkt. Ich erinnere an die Schlafkrankheit, die Pocken, Malaria usw. Wenn es auch den europäischen Kolonialvölkern in weitestgehendem Umfange gelungen ist, dieser Geißeln Herr zu werden, so wird es gewaltiger Arbeit bedürfen, um die Folgen der Zeit auszugleichen, in der die eingeborene Bevölkerung diesen Krankheiten mehr oder weniger wehrlos gegenüberstand. Erwähnung verdienen in diesem Zusammenhang auch die Geschlechtskrankheiten, die z. B. in dem reichen Gebiet von Uganda noch in unserer Zeit teilweise die Bevölkerung um ein Drittel dezimiert haben. Alle Krankheiten haben auf den Afrikaner um so verhängnisvoller gewirkt, als ihre Abwehr durch abergläubische Vorstellungen erschwert wurde. Aus Uganda z. B. ist bekannt, daß aus irgendwelchen Vorstellungen heraus neugeborene Kinder mit Syphilisgift geimpft wurden!

Eine andere afrikanische Geißel, die auch heute noch uneingeschränkt herrscht, ist der geradezu furchtbare Alkoholismus. Man schätzt wohl nicht zu hoch, wenn man annimmt, daß z. B. von der Hirseernte mindestens ein Drittel in Gestalt von Bier der Ernährung im wesentlichen verlorengeht. Im Zusammenhang damit steht es, daß Mißwachsjahre den auf eine Vorratswirtschaft nicht eingestellten Afrikaner im allgemeinen viel schwerer betroffen haben, als dies unter sonstigen Voraussetzungen notwendig gewesen wäre.

Der zweite Gesichtspunkt, der bei der Beurteilung des Afrikaners als Arbeiter zu berücksichtigen ist, ist die

[1] Vgl. die früheren Veröffentlichungen aus dieser Vortragsreihe in „Technik und Kultur" **21** (1930) 1—4, 41—45, 77—79; ferner: Steinmetz, K. F.: Techniker und Ausland. — „Technik und Kultur" **21** (1930) 34—35.

Tatsache, daß ihn praktisch nichts zwingt, Lohnarbeit zu übernehmen. Ein amtlicher englischer Bericht stellte es kürzlich fest, daß in keinem Land der Welt der Zwang zur Arbeit durch die äußeren Umstände so gering sei wie im tropischen Afrika. Praktisch kommen als Ursachen, die den Eingeborenen veranlassen, seine Heimat zu verlassen, um Dienst in fremder Umgebung zu nehmen, folgende Tatsachen in Betracht:

1. die Notwendigkeit, Geld zur Erlangung der Steuern zu bekommen,
2. Geld zum Erwerb von gewissen Luxusgegenständen, also in erster Linie Einfuhrsachen, zu erhalten,
3. der Wunsch, Geld für Vieh oder zum Ankauf von Frauen zu erlangen.

Als Letztes, aber sehr Wichtiges, kommt der Wandertrieb des Negers in Frage, der bei ihm stärker als vielleicht bei irgendeinem anderen Volke der Welt ausgebildet ist. Ich habe schon vor annähernd 25 Jahren in Deutsch-Ostafrika Leute auf der Wanderung getroffen, die von den 4000 km entfernten Goldminen von Transvaal zurückkamen.

Die obige Aufzählung beweist, daß die Triebkraft, Arbeit aufzunehmen, im wesentlichen erst ein Ergebnis der neueren wirtschaftlichen Entwicklung ist. Gewiß hat in Afrika der Eingeborene auch früher schon Steuern an seine Häuptlinge zahlen müssen, verhältnismäßig viel mehr, als er jetzt in Geld an die kolonisierende Behörde zahlt. Aber, was er zu liefern hatte, waren doch ausschließlich Naturalien, die nicht einmal er selbst, sondern seine Weiber auf dem Felde erarbeiteten. Die Naturalwirtschaft ist aber unter dem Einfluß der kolonisierenden Mächte zum großen Teil und glücklicherweise vernichtet, und wenn der Neger heute seine Steuern bezahlen will, so muß er Bargeld beschaffen. Praktisch die einzige Möglichkeit zur Erlangung von Bargeld bietet ihm die Beschäftigung beim Europäer. Insofern übt die Steuer, die durchweg in Gestalt der Hütten- oder Kopfsteuer erhoben wird, trotz vieler Bedenken, die im einzelnen gegen sie vorgebracht werden mögen, ein wesentliches Erziehungsmoment aus. Denn die Befriedigung der notwendigen Dinge des Lebens, also Wohnung, Feuerung und Nahrung, ist in Afrika auch heute noch eine Angelegenheit, die sich für den Eingeborenen ohne Geld und vor allem mit einem Minimum von Arbeit erzielen läßt. Brenn- und Bauholz liefert der Wald, und um die Nahrung für ein Jahr zu erlangen, ist bei dem raschen Wachstum und der Jungfräulichkeit des Bodens nur wenig Arbeit erforderlich, die außerdem in den weitesten Teilen Afrikas noch auf die Frauen abgelastet wird. Wäre somit nicht der in fast allen europäischen Kolonialgebieten bestehende Steuerzwang, so würde in der Tat nichts den Mann veranlassen können, sein altes, bequemes Faulenzertum aufzugeben. Im großen gesprochen aber liegen die Dinge so, daß bei allen Unterschieden der Lohnhöhe die übliche Häuser- oder Kopfsteuer durch etwa 14tägige Arbeit erlangt werden kann. Es dürfte kein Land auf der ganzen Welt geben, wo die Pflichten der Familie gegen die Öffentlichkeit mit der Arbeit eines einzelnen Familienmitgliedes von nur einem halben Monat abzugelten sind.

Bei dieser Sachlage ist es verständlich, daß tatsächlich in vielen Teilen Afrikas in großem Umfange die in europäischen Betrieben geleistete Arbeit eine solche ist, die mehr oder weniger durch die Regierung über die Steuerleistung hinaus erzwungen ist. Ein typisches Beispiel dafür sind die im französischen Westafrika üblichen sogenannten „Prestations". Ihr Wesen beruht darin, daß der Häuptling berechtigt ist, seine Leute zur Arbeit bei sich selbst oder bei einem Dritten zu zwingen. Wer Geld hat, kann sich von dieser Leistung freikaufen. In milderer Form findet sich etwas Ähnliches in Kenya. Dort können mit gewissen Ausnahmen alle Eingeborenen von der Regierung zu öffentlichen Arbeiten zwangsweise herangezogen werden, sofern sie nicht den Nachweis erbringen, daß sie anderweitig in regelrechter Lohnarbeit stehen.

In fortgeschritteneren Gebieten ist man über diese primitive Form der Gewinnung von Arbeitskräften seit längerer Zeit hinaus. Hier ist vielmehr alles abgestellt auf die Erlangung freiwilliger Arbeit aus dem Lande selbst oder aus den Nachbargebieten. Denn, so paradox es klingt: es gibt trotz der geringen Bevölkerung gewisse Überschußgebiete. So liefert z. B. Britisch-Nyassaland noch jährlich 30 000 Arbeiter an die benachbarten Gebiete, und Nord-Rhodesien, wo die Wirtschaft noch verhältnismäßig wenig entwickelt ist, und dessen Minen mit denen des Kongo vielfach eine gewisse Einheit bilden, schickt gleichfalls jährlich Zehntausende von freien Arbeitern in das Kongogebiet. Andererseits sind, wie ich bereits oben andeutete, gerade die wirtschaftlich fortgeschritteneren Bezirke vielfach absolute Defizitgebiete. Zum Beispiel hatte der Kongo mit seiner Mineninduslrie und seiner europäisch geleiteten Landwirtschaft für 1930 einen Bedarf von 500 000 bis 600 000 farbigen Arbeitern. Zur Verfügung stand nur knapp die Hälfte. In Kenya stehen gegenwärtig 115 000 farbige Arbeiter im Dienst der europäischen Wirtschaft. Benötigt werden aber 180 000. Die Goldminen von Südafrika beruhen zum überwiegenden Teil auf der Tatsache, daß auf Grund von Staatsverträgen das portugiesische Ostafrika den größeren Teil der Lohnarbeiter liefert. Trotzdem wird aber in den Goldminen von Johannisburg die Arbeiterfrage nachgerade eine schwere Gefahr für die Zukunft des gesamten Bergbaus.

Die Anwerbung von freiwilligen Arbeitskräften entspricht hinsichtlich ihrer Regelung im großen und ganzen dem Verfahren, das Deutschland schon vor mehr als 20 Jahren in Deutsch-Ostafrika eingeführt hatte. Im einzelnen vollzieht sich die Sache so, daß behördlich zugelassene Europäer in den dichter besiedelten Gebieten Freiwillige anwerben und diese gegen ein bestimmtes Entgelt den europäischen Unternehmungen zur Verfügung stellen. Das Rechtsgeschäft mit den Eingeborenen beruht auf freier Vereinbarung. Der Mann verpflichtet sich für eine Reihe von Monaten, die durchweg zwölf nicht übersteigen. In der Regel bedarf der Vertrag der behördlichen Anerkennung. Dabei sind auch bereits, wie z. B. im französischen Westafrika, Minimallöhne vorgesehen. Der Arbeitgeber ist im allgemeinen durch die Gesetzgebung oder durch Gewohnheitsrecht verpflichtet, Wohnung, Nahrung und ärztliche Versorgung dem Arbeiter bereitzustellen. Entlaufen aus der Arbeit wird durchweg strafrechtlich geahndet.

Im Anfang zeigte sich, daß dieses System seine Schattenseiten hatte, wenn die Anwerber nicht völlig zuverlässige Leute waren. Es war für solche Elemente natürlich ein leichtes, den Arbeitern goldene Berge zu versprechen, denn sie hatten an der Erfüllung ihrer Zusagen ja keinerlei Interesse mehr, sobald sie die Vergütung für die Anwerbung des Mannes eingesteckt hatten. Erfreulicherweise sind aber die Regierungsorgane gegen derartige Elemente immer strenger vorgegangen, und auch die europäischen Unternehmer haben derartigen Leuten den Rücken gekehrt, so daß das System sich mit der Zeit von seinen Schlacken befreit hat und einwandfrei arbeitet.

Am besten ist diese Art der Anwerbung wohl in der Südafrikanischen Union geregelt, deren Goldminen allein dauernd etwa 150 000 schwarze Arbeitskräfte benötigen.

Gegen das hier kurz geschilderte System wird im großen und ganzen nichts einzuwenden sein. Bei entsprechender Unabhängigkeit der Regierungsorgane von den Wünschen der Arbeitgeber werden sie auch in der Lage sein, die vielfach sehr weitgehenden Schutzbestimmungen zum Segen der Allgemeinheit durchzuführen, d. h. vor allem auf anständige und hygienisch einwandfreie Unterbringung, vernünftige Verpflegung und gute ärztliche

Behandlung der Arbeiter auf dem Marsch zur Arbeitsstätte und auf der Arbeitsstätte selbst hinzuwirken. Gefährlich wird aber auch diese Form der Anwerbung dann, wenn aus irgendeinem Grunde nicht Staatsinteresse und Privatinteresse scharf auseinandergehalten werden. Ein besonders niederdrückendes Beispiel haben wir dafür in den letzten Jahren im Kongostaat erlebt. Dem Kongo sind auf Grund des Versailler Friedensvertrages die früher zu Deutsch-Ostafrika gehörenden reichbevölkerten Gebiete von Ruanda und Urundi zugeteilt, die zu den dichtestbevölkerten Gebieten Afrikas überhaupt gehören. Es handelt sich um Bergvölker, die vorzugsweise von Bananen leben und Malaria kaum kennen. Die deutsche Regierung hatte die Gebiete für jede Anwerbung gesperrt gehalten, weil die Verpflanzung dieser Bergvölker in die tropisch feuchte Niederung den sicheren Tod für die Leute bedeutet haben würde. Die belgische Regierung hat unter dem Druck ihrer Mineninteressenten mit diesem segensreichen Grundsatz gebrochen mit dem Ergebnis, daß nach Mitteilungen, die in der Mandatskommission des Völkerbundes gemacht wurden, auf dem 1200 km langen Wege nach Katanga 4,8% der Arbeiter gestorben sind. Um diese Zahlen zu würdigen, muß berücksichtigt werden, daß es sich um Leute handelt, die im besten und kräftigsten Alter von 15 bis 25 Jahren standen. Es hängt hiermit vielleicht auch zusammen, daß in Arbeiterlagern des Kongostaates die Sterblichkeit sich teilweise auf 15 bis 20% gesteigert hat. Ob die schweren Menschenverluste, über die aus dem französischen Kongo bei den Bahnbauten berichtet wird, ähnliche Gründe haben, vermag ich nicht anzugeben.

Es ist einer der wichtigsten Gesichtspunkte, keine Leute zu verwenden, die nach ihren ganzen bisherigen Lebensgewohnheiten den klimatischen und physischen Anforderungen des neuen Arbeitsplatzes nicht gewachsen sind. So wenig der Europäer auf die Dauer schwere körperliche Arbeit in den Tropen verrichten kann, so wenig sollte es zulässig sein, ohne entsprechende Maßnahmen den eingeborenen Arbeiter unter gänzlich veränderten Umständen zu beschäftigen.

Eine wichtige Frage der Arbeiterbehandlung ist, wie schon aus dem Gesagten hervorgeht, das Ernährungsproblem. Der Neger ist, so paradox es klingen mag, viel anfälliger gegen Fehler der Diät und nun gar erst gegen eine völlige Umstellung der Ernährung als etwa der Europäer. Tatsächlich ist die Ernährungsfrage eine der wichtigsten Angelegenheiten, mit denen sich die Arbeiterkommissare der fortgeschritteneren Kolonien Afrikas zu beschäftigen haben.

Auch die allgemeine Behandlung des Afrikaners ist eine schwierige Angelegenheit, die kaum zu erlernen ist. Ebenso wie es unter europäischen Verhältnissen Leute gibt, die es nie lernen, Untergebene entsprechend zu behandeln, so hängt auch von der richtigen Auswahl des weißen Vorgesetzten für den europäischen Betrieb in Afrika viel, häufig alles ab. Der mit der Peitsche in der Hand geschilderte Sklavenhalter mag sich in Romanen usw. gut ausnehmen: in der Praxis ist er unmöglich! Mehr als ein Unternehmer hat es erfahren müssen, daß eines Tages seine sämtlichen Arbeiter ausgerissen waren, weil er ihnen einen ungeeigneten, sprachunkundigen weißen Gehilfen als Vorgesetzten gegeben hatte.

Im großen gesehen muß unterschieden werden zwischen den Arbeitern, die schon an den Europäer gewöhnt sind, und dem rohen Material. Wir haben in Afrika eine ganze Reihe von Volksstämmen, die schon seit längerer Zeit gewohnt sind, als eine Art Sachsengänger in europäischen Betrieben zu arbeiten, dann vorübergehend in die Heimat zurückzukehren, um wiederum die Arbeit aufzunehmen. Dazu gehören z. B. die als Plantagenarbeiter hochgeschätzten Wanyamwesi und Wasukuma im östlichen Afrika und die Kruleute in Westafrika. Auch ein größerer Teil der südafrikanischen Eingeborenen ist hierzu zu rechnen, und zwar in Hinblick auf die Gold- und Diamantengruben. Diese Leute haben durchweg durch die häufigere und engere Berührung mit der europäischen Wirtschaft sich gewisse Fähigkeiten und Kenntnisse angeeignet, die sie auch zur Verwendung zu komplizierterer Arbeit, also etwa als Maschinisten an einfachen Maschinen, als Motorwagenführer usw., brauchbar machen.

Anders ist es mit der großen Menge der zum ersten Male mit der europäischen Kultur in Berührung kommenden Arbeiter. Man vergegenwärtige sich etwa, daß ein Steinzeitmensch ganz plötzlich mitten in unsere Kultur hineinversetzt würde und sich hier nun seinen Platz schaffen sollte! Nicht anders ist es mit vielen Arbeitern, wenn sie zum ersten Male im europäischen Betrieb angesetzt werden! Ich möchte Ihnen einige Beispiele aus eigener Erfahrung aufzeigen, die Ihnen besser als alles andere die Schwierigkeiten beleuchten, die dem Arbeitgeber entstehen.

Vor einigen 20 Jahren kam eines Tages eine Abordnung der Waha zu mir, eines noch ziemlich primitiven Bergstammes, der seit einigen Jahren aber ein nicht unerhebliches Kontingent an Arbeitern für die europäischen Betriebe im östlichen Afrika stellte. Mein Büro befand sich in der ersten Etage, und zu ihm führte eine mit Geländer versehene freie Holzstiege empor. Als sich die Leute von mir verabschiedet hatten, krochen sie die Treppen auf allen Vieren, den Kopf voran, hinunter. Man muß sich erst ganz von europäischen Auffassungen und Gewohnheiten emanzipieren, um dieses scheinbar törichte Gebaren der Leute zu verstehen.

Oder ein anderes Beispiel: Bei einem Bahnbau in Kamerun wurden den Arbeitern eiserne Schiebkarren in die Hand gedrückt. Als der zuständige Aufseher später zu den Leuten kam, sah er, daß sie zwar die Schiebkarren mit Erde gefüllt hatten, aber die gefüllten Schiebkarren auf dem Kopfe transportierten!

Oder ein Beispiel, das ich vor zwei Jahren auf den Kupferminen in Südwestafrika sah. Frisch angekommenen Ovambo-Arbeitern waren Schaufeln in die Hand gegeben worden, um einen Erdhaufen zu beseitigen. Sie bedienten sich der Schaufel derart, daß sie mit den Händen die Erde auf die Schaufelblätter legten und dann sorgfältig, das Schaufelblatt in den Händen tragend, die Erde 2 m weit transportierten.

Es leuchtet ein, daß dieser Einstellung des Primitiven gegenüber ein großer Teil des aufgewandten Lohnes zunächst umsonst vertan ist. Andererseits hängt davon, wie der Arbeiter in den ersten Tagen und Wochen seiner Tätigkeit behandelt und angefaßt wird, alles ab. Wird dabei etwas versehen, etwa durch zu scharfe Behandlung oder durch Schnauzen, so kann man es erleben, daß am nächsten Morgen die gesamte Gesellschaft kurzerhand ausgerissen ist.

Bei großen Unternehmungen, wie z. B. auf den südafrikanischen Goldgruben, gewöhnt man die frisch angekommenen Neulinge deshalb in einer Art schulmäßigen Betriebes an die Arbeit. Die erste Zeit läßt man sie überhaupt nicht ins Bergwerk, sondern beschäftigt sie mit irgendwelchen gewöhnlichen Hilfsarbeiten über Tag. Erst wenn der Eingeborene sich langsam an das Getriebe gewöhnt hat und notwendig mit Schaufel und Hacke umzugehen gelernt hat, schickt man ihn ins Bergwerk.

Es geht aus dem Gesagten bereits hervor, daß die Kunst der Behandlung des eingeborenen Arbeiters nur zu erlernen ist, wenn man sich bemüht, die Psyche der Leute zu erfassen. Mit unseren europäischen Auffassungen ist dabei nichts zu machen. Die Denkweise des Negers weicht von der europäischen so stark ab, daß es vergebliche Mühe wäre, europäische Maßstäbe an sein Handeln und Tun zu legen.

Mit Ausnahme vielleicht der Franzosen und Portugiesen bemühen sich deshalb alle Kolonialvölker in Afrika, ihre Beamten, Angestellten usw. dazu zu bringen, daß sie in möglichst weitem Umfange die Eingeborenensprache beherrschen. Prof. Westermann, einer der besten Kenner der afrikanischen Psyche, hat einmal die Kenntnis der Eingeborenensprache als den einzigen Schlüssel zum Verständnis des Negers bezeichnet. Ich möchte noch weitergehen und die Behauptung aufstellen, daß die Erhaltung eines brauchbaren Arbeiterstammes nur dem möglich ist, der sich hinreichende Sprachkenntnisse verschafft hat. Diese Seite hat nicht zuletzt doch auch eine ganz gewaltige materielle Bedeutung. Ehe der Arbeiter überhaupt den ersten Handgriff für seinen neuen Herrn tut, hat er durch die Anwerbung und den Transport schon ganz gewaltige Kosten verursacht. Wiederholt ist es in Afrika vorgekommen, daß ganze Betriebe, wie Bahnbauten, Pflanzungsbetriebe usw., plötzlich zum Stillstand verurteilt waren, weil irgendein roher oder ungeschickter Leiter oder Gehilfe die Arbeiterschaft durch völliges Unverständnis gegenüber ihren Wünschen und Bedürfnissen vergrämt hatte. Umgekehrt ist mir z. B. ein Fall bekannt, daß eine englische Gesellschaft eine deutsche Pflanzung nur unter der Bedingung übernahm, daß der deutsche Leiter auf eine Reihe von Jahren die Führung der Pflanzung beibehielt. Der betreffende Herr stand nämlich in dem Rufe, ein ausgezeichneter Arbeitgeber zu sein. Infolgedessen hatte er immer Arbeiter in Hülle und Fülle, während seinen Nachbarn die Ernte teilweise verkam, weil sie nicht genügend Arbeitskräfte hatten.

Frisch aus Europa gekommene Arbeitgeber pflegen vielfach der Gefahr zu unterliegen, den Eingeborenen gegenüber zu schneidig aufzutreten. So nützlich Schneid in Europa sein mag, so lächerlich und gefährlich ist er dem Eingeborenen gegenüber. Im großen und ganzen, glaube ich, wird der, der schon in Europa gewohnt ist, mit Arbeitnehmern umzugehen, in der Lage sein, sich rasch auch in die geeignete Behandlung des Afrikaners hineinzufinden. Freilich muß er sich von der Auffassung frei halten, als wohne im afrikanischen Arbeiter das Maß von Arbeitswillen, das dem Europäer durch jahrhundertelange Entwicklung zur zweiten Natur geworden ist.

In weiten Teilen Afrikas wird der Vertrag nicht auf eine bestimmte Anzahl von Monaten, sondern auf soundso viele Arbeitstage abgeschlossen. Der Grund hierfür liegt in der Tatsache, daß selten ein Neger auch nur sechs Tage ununterbrochen hintereinander arbeiten wird. Das Bedürfnis nach Ruhe, und wenn es auch nur dazu dient, um sich gehörig die Nase zu begießen, ist dem afrikanischen Eingeborenen viel stärker eigentümlich als anderen Erdenbewohnern. Es ist somit nichts Seltenes, daß ein Vertrag von 180 Arbeitstagen erst nach Verlauf von einem vollen Jahre oder noch längerer Zeit abgearbeitet ist. Diese Erscheinung trägt natürlich in jeden geordneten Betrieb ein großes Gefühl der Unsicherheit, denn wenn ein Bahnbauunternehmer, der 600 Leute beschäftigt, jeweils immer nur 300 Leute zur Verfügung hat, und wenn er nicht sicher ist, ob morgen womöglich überhaupt jemand zur Arbeit kommt, so gefährdet das natürlich von vornherein jede Kalkulation.

Fast überall in Afrika ist es üblich, daß der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber verpflegt wird. Das geschieht in der Weise, daß entweder ein tägliches Zehrgeld gezahlt wird oder, was die Regel ist, daß die Verpflegung in natura gegeben wird. Während sie z. B. in Südafrika auf den Goldminen sogar zubereitet gereicht wird, würde ein solches Verfahren in den weitesten Teilen Zentralafrikas von vornherein verfehlt sein, denn hier legt der eingeborene Arbeiter im allgemeinen entscheidendes Gewicht darauf, sich seine Nahrung selbst zu bereiten.

Verpflegungsgeld wird im allgemeinen natürlich nur da gegeben werden können, wo die Leute Gelegenheit haben, sich die Nahrung zu kaufen. Ich erwähnte an anderer Stelle, daß in den weitesten Teilen Afrikas von den Kleinbauern nur das produziert wird, was sie selbst verbrauchen. Infolgedessen wird die Regel die Bereitstellung der Nahrung durch den Arbeitgeber sein müssen.

Bestimmte Regeln über die Art der Ernährung des Arbeiters lassen sich nicht aufstellen. Mehr aber als vielleicht bei jedem anderen Volke der Erde dreht sich das Denken und Fühlen des Afrikaners um den Magen. Die vernünftige Ernährung des Eingeborenen wird deshalb zur Kardinalfrage für die Sicherung der nötigen Arbeitskräfte. Erschwert ist dem Arbeitgeber vielfach die Verpflegung allerdings dadurch, daß er mit Angehörigen der verschiedensten Stämme zu tun hat, die an ganz verschiedene Nahrung gewöhnt sind, denn eine Einheitsnahrung gibt es in Afrika kaum. Insbesondere die englische Regierung hat in ihren Kolonien und den von ihr verwalteten Mandatsgebieten der Frage der Ernährung der Arbeiter durch ihre Arbeitsinspektoren ihr ganz besonderes Interesse zugewendet und sich zum Wohle der Arbeiter und letzten Endes auch der gesamten Arbeitgeberschaft nicht gescheut, gegebenenfalls mit den schärfsten Maßnahmen einzuschreiten.

Eine ähnliche schwierige Frage ist vielfach die Unterbringung der Arbeiter. Abgesehen davon, daß diese Frage vor allem eine hygienische Seite hat, ist der konservative Afrikaner durch Jahrtausende hindurch an feststehende Formen der Behausung gewohnt. Massenquartiere kommen für ihn deshalb im allgemeinen nicht in Betracht.

Die ärztliche Betreuung der eingeborenen Arbeiter ist vielfach durch Gesetz dahin geregelt, daß die Sorge für die gesundheitliche Versorgung völlig dem Arbeitgeber auferlegt ist. Im belgischen Kongo verlangen die Gesetze einen weißen Arzt auf eine bestimmte Anzahl von schwarzen Arbeitern. Ich zweifle allerdings nicht, daß diese Vorschrift vielfach auf dem Papier bleibt, denn sämtliche kolonisierenden Mächte haben unter der Tatsache zu leiden, daß nicht genügend ärztliche Kräfte zur Verfügung stehen.

Was läßt sich nun aus dem afrikanischen Arbeiter herausholen?

Von vornherein möchte ich die Auffassung bekämpfen, als sei der Afrikaner geistig nicht entwicklungsfähig. Wir haben schon in den deutschen Kolonien vor 30 Jahren Schwarze als Buchdrucker, als Dampferführer usw. gehabt. Und auf den Diamantenminen Südafrikas habe ich Eingeborene getroffen, die infolge ihrer Spezialkenntnisse einem weißen gelernten Arbeiter völlig gleichwertig waren. Im großen und ganzen aber kann man weder physisch noch geistig allzu hohe Hoffnungen auf den Afrikaner setzen. Was er gelegentlich an Können erwirbt, ist selten innerer Besitz, sondern mehr etwas Äußerliches, etwas Nachgeahmtes. Auch dort, wo er seinem Können nach an qualifiziertere Arbeit gestellt wird, wird er der dauernden Aufsicht des Weißen kaum entraten können, wenn man nicht auf die gröbsten Überraschungen gefaßt sein will.

Entsprechende Erziehung hat dessenungeachtet aber doch schon recht viel aus dem Afrikaner herausgeholt. Als z. B. die Ugandabahn gebaut wurde, hatte man zu Anfang dort nur indische Handwerker. Schon nach drei oder vier Jahren aber hatte man so viele Eingeborene systematisch geschult, daß die teuren indischen Handwerker fast restlos durch Eingeborene ersetzt werden konnten. Ich füge hinzu, daß es sich dabei um qualifizierte Arbeit handelt, denn in den Werkstätten in Nairobi wird außer den Lokomotiven alles hergestellt, was die Bahn benötigt, d. h. einschließlich der Eisenbahnwagen. Am höchsten entwickelt in dieser Beziehung sind die Eingeborenen Westafrikas.

Was die physische Leistungsfähigkeit des Eingeborenen betrifft, so ist sie mit der des europäischen Arbeiters meines Erachtens nicht zu vergleichen. Ich möchte annehmen, daß etwa der schwarze Pflanzungs- oder Erdarbeiter nicht die Hälfte in der gleichen Zeit von dem leistet, was der weiße Arbeiter vor sich bringt, abgesehen davon, daß, wie ich oben ausführte, der Arbeitswille in ihm viel geringer ist, als dieses bei dem Nordländer der Fall ist.

Die Weckung dieses Arbeitswillens aber ist es, die neben der Anschonung des Menschenmaterials das Alpha und Omega der gesamten Zukunft Afrikas ist.

Seit dem Kriege hat unter dem Einflusse des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes die staatliche Sozialpolitik sich auch des eingeborenen Arbeiters bemächtigt. Es sind zum Teil sehr eingehende gesetzliche Bestimmungen in fast allen Kolonialländern zum Schutze der schwarzen Arbeiter erlassen worden. Ich persönlich möchte allerdings keinen Zweifel darüber hegen, daß die meisten dieser Vorschriften nur auf dem Papier stehen. In mancher Hinsicht ist das zweifellos sehr gut. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß der Sozialpolitik gerade in Afrika sehr große und segensreiche Aufgaben erwachsen; nur muß man sich von dem Glauben fernhalten, daß man ohne Schaden für die Sache am europäischen Schreibtisch ausgeklügelte Bestimmungen von heute auf morgen auf Afrika übertragen kann.

Der Mangel an menschlichen Arbeitskräften hat in weitestem Umfange bereits dazu geführt, die Landwirtschaft, soweit es europäische Betriebe sind, zu mechanisieren. Hier liegt zweifellos ein großes Feld für die gesamte europäische Technik. Hier aber auch liegt das wirtschaftspolitische Interesse Deutschlands. Gegenwärtig ist Deutschland überwiegend Abnehmer von Afrika, ohne aber gleichzeitig die Gewähr zu haben, entsprechend nach Afrika auszuführen. Wir bleiben somit jahraus, jahrein Afrika in großen Beträgen verschuldet.

Die Zukunft Afrikas und damit die Frage, ob seine reichen Möglichkeiten in einer den Bedürfnissen der Welt entsprechenden Weise entwickelt werden können, hängt davon ab, ob es gelingt, die unzulängliche, unrationelle und teure menschliche Arbeitskraft durch die Maschine zu ersetzen. In dieser Möglichkeit liegt auch die Hoffnung begründet, daß der deutschen Technik das nötige Betätigungsfeld in Afrika erschlossen und damit auch der Wirtschaftspolitik Deutschlands gedient wird.

LAPICIDA:

ZEITSPIEGEL

25

Theorie und Praxis sind bekanntlich zweierlei. Dafür ein besonderes Beispiel:

1. Herr Stegerwald, zur Zeit Reichsarbeitsminister, früher Führer der Christlichen Gewerkschaften, sagte in einer Rede:

   „Sollen 18 Millionen Arbeitende 3 Millionen Arbeitslose mit durchziehen, ohne doch ihr Absinken in immer kärglichere Lebenhsaltung verhindern zu können, oder sollen wir versuchen, 21 Millionen Arbeitende bei entsprechender Lohnsenkung, aber gleicher Lohnsumme allmählich wieder an neue Beschäftigung heranzubringen? Die Antwort auf diese Frage ist klar."

2. Herr Brüning, zur Zeit des Reiches Kanzler, der Gewerkschaftsbewegung auch sehr nahestehend, sagte in seiner Rede:

   „Sollte es in Deutschland denn nie möglich sein, daß sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber vom Standpunkt der Solidarität, der gemeinsamen Arbeit aus zusammensetzen und sich über gemeinsame Maßnahmen unterhalten?"

3. Zeitungsnachricht:

   „Die Verhandlungen am 3. Februar über das Schicksal der Hütte Ruhrort-Meiderich waren nur von kurzer Dauer. Die Gewerkschaften aller Richtungen sprachen sich gegen den Vorschlag der Vereinigten Stahlwerke auf Lohn- und Gehaltssenkung aus, durch welche die Stillegung der Hütte vermieden werden konnte. Der Angestelltenrat der Hütte hatte sich für Annahme, der Arbeiterrat für Ablehnung ausgesprochen. Die Verwaltung trifft nunmehr alle Maßnahmen zur völligen Stillegung der Hütte, wovon 7000 Arbeiter und Angestellte betroffen werden."

4. Ergebnis: Das Dogma hat gesiegt.

26

Wiederholt wurde auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kraftfahrwesens hingewiesen, die dazu verpflichten müßte, alles einzusetzen, um die Motorisierung zu fördern. Der Beitrag, den der Kraftverkehr und die Automobilfabrikation zum volkswirtschaftlichen Gesamtumsatz in Deutschland leistet, beträgt (für das Jahr 1930 berechnet) rund 4,75 Milliarden RM! Kommt also dem Umsatz der Deutschen Reichsbahn gleich. Zu dieser Summe kommt noch das Steueraufkommen hinzu, das — richtig verwendet — einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Milderung der Arbeitslosigkeit — Straßenbau — leisten könnte. Wenn man weiter beachtet, daß die deutsche Autoindustrie jährlich über 200 000 t Spezialstahl verbraucht, und wenn man an die zahlreichen Fertigindustrie-Zweige als Unterlieferer denkt, so erhellt, welch ungeheurer Schaden der Volkswirtschaft durch Drosselung des Kraftfahrwesens zugefügt wird. Wenn trotzdem die Regierung neuerdings damit liebäugelt, dem Kraftfahrverkehr nochmals neue Steuererhöhungen (sei dies auch durch mittelbare Steuern) aufzuerlegen, so kann man nur von Kurzsichtigkeit sprechen.

27

In der Tagespresse konnte man (4. Februar 1931) von der Mittelschule (das ist Stockwerk der Volksschule) in Beelitz lesen, daß diese Schule von neun Schülern besucht wird, die von sechs Lehrern unterrichtet werden. Die Lehrer könnten nicht versetzt werden, weil „sie sich nur als Mittelschullehrer und nicht als Volksschullehrer beschäftigen zu lassen brauchen".

28

Damit der Humor (auch wenn er vielleicht unfreiwillig ist) in diesen Zeiten zu seinem Rechte kommt, hat ein „Bund der geistig Schaffenden" in einer süddeutschen Großstadt für ein Preiskegeln folgende Preise ausgesetzt: 1. eine „Prima Mastgans", 2. einen „fetten Hasen" und den Trostpreis „Schillers Werke".

29

Den politischen Meinungsaustausch zu erschweren, dazu dient offenbar eine Polizeiverordnung der Stadt Hirschberg: bei politischen Versammlungen dürfen nur noch Trinkgefäße aus Pappe verwendet werden. Andere Städte schreiben dagegen vor, daß die Stühle einer Reihe fest miteinander verbunden sein müssen. Frage: wie soll nun der jeweilige Gegner von der eigenen politischen Meinung überzeugt werden?

30

„Gemeinnützig" ist eine schöne Sache, weil damit auch wesentliche Steuererleichterungen verbunden sind. Man kann deshalb eine stetige Zunahme der Gründung „gemeinnütziger" Gesellschaften beobachten. Vielfach ist das Kennzeichen solcher Gründungen, daß sie angeblich ohne „Verdienst" arbeiten, nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb abgestellt seien. Sieht man aber genauer zu, so findet man, daß solche Gesellschaften an ihre Gründer und Leiter weit über das übliche Maß hinausgehende Gehälter zahlen und oft über einen recht stattlichen Personalstand verfügen. Besonders im Bau- und Siedlungswesen sind „gemeinnützige" Gesellschaften stark verbreitet. Und man darf wohl fragen, worin nun eigentlich der Unterschied zwischen einem Privatunternehmen und einer solchen Gesellschaft besteht? Beim Privatunternehmen will der Unternehmer vom Ertrage leben und übernimmt ein weitgehendes Kapitalrisiko. Bei der „gemeinnützigen" Gesellschaft leben die Gründer und Leiter vom Ertrag und haben kein eigenes Kapitalrisiko. Das Privatunternehmen muß sämtliche Steuerlasten aufbringen, die Gesellschaft genießt in gewissen Dingen Steuerfreiheit. Es erscheint durchaus notwendig, daß diese Verhältnisse einmal gründlich nachgeprüft werden, damit mit dem Begriff „gemeinnützig" kein Unfug getrieben wird und sich die „Gemeinnützigkeit" nicht auf dem Rücken der Steuerzahler abspielt.

31

In Berlin sind in letzter Zeit mehrfach Verurteilungen von Teilnehmern an Bestimmungsmensuren erfolgt. Einen anderen Standpunkt hat nun das Schöffengericht in Köln eingenommen, indem ein Freispruch erfolgte. Das Gericht stützte sich auf ein Gutachten der Chirurgischen Gesellschaft, das eine studentische Mensur nicht als „Zweikampf mit tödlichen Waffen" bezeichnete. So oder so, man wird endlich einmal zu einer einheitlichen Auffassung kommen müssen; der jetzige Rechtszustand ist nicht haltbar.

Dipl.-Ing. K. LONGINUS:

ARBEITSDIENSTPFLICHT

Von einer Seite wird eine Arbeitsdienstpflicht als ein Mittel angesehen, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, eine andere Seite verwirft dieses Mittel. Es ist keine Frage, daß das Problem einer Arbeitsdienstpflicht einer Klärung bedarf. Denn in der Lage, in der wir uns heute befinden, hat alles zu geschehen, um eine Besserung herbeizuführen. Dazu gehört aber auch die ernsthafte Prüfung aller Vorschläge, und diese Prüfung muß sachlich und von parteipolitischen Dogmen unbeeinflußt erfolgen. Unsere Lage ist wahrhaftig nicht danach angetan, als daß wir es uns leisten könnten, Vorschläge einfach deshalb unter den Tisch fallen zu lassen, weil die Farbe ihrer Urheber diesen oder jenen nicht genehm ist, oder weil die Vorschläge nicht in den engen Rahmen irgendeines Parteiprogramms passen.

Sicher ergeben sich beim Nachdenken über die Möglichkeit einer Arbeitsdienstpflicht in Deutschland Bedenken, und es tauchen Fragen auf, die Zweifel an dieser Möglichkeit aufkommen lassen. Darauf wurde hier schon früher hingewiesen[1]. Aber diese Zweifel sind dazu da, um geklärt zu werden. Der Staatsbürger hat ein Recht darauf, daß einmal klar und überzeugend nachgewiesen wird, ob eine Arbeitsdienstpflicht in Deutschland zweckhaft durchgeführt werden kann oder nicht.

Aus der Tagespresse hat man erfahren, daß das Reichsarbeitsministerium Schritte zur Klärung der Frage unternommen hat. Es hat am 12. Januar 1931 eine Sitzung von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, zu denen noch einige ausgewählte Einzelpersonen traten, veranstaltet und hier Material vorgelegt, das gegen die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht sprach. Das Ergebnis dieser Beratungen ist in der Presse bekanntgegeben worden: einstimmige Ablehnung der Arbeitsdienstpflicht.

Ist damit dieser Plan endgültig abgetan? „...Es ist sehr begrüßenswert, daß das Reichsarbeitsministerium diese Frage der Arbeitsdienstpflicht einmal in einer eingehenden Aussprache geklärt und damit ein für allemal nachgewiesen hat, daß der Arbeitsdienst kein Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit ist" — schrieb[2] Dr. Müffelmann (Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie — Vela —, die auf der genannten Sitzung gegen die Arbeitsdienstpflicht gestimmt hat). Ein für allemal abgetan?

So einfach liegen die Dinge denn doch nicht; denn das Material, das der Vertreter des Ministeriums vorgetragen hat, ist sehr stark umstritten. Inzwischen sind auch in der Presse Kritiken, namentlich an den vom Ministerium errechneten Kosten, erschienen, die starke Zweifel daran aufkommen lassen, ob seitens des Ministeriums sowohl wie seitens der genannten Versammlung am 12. Januar 1931 die Frage tatsächlich eingehend in ihrem Für und Wider geprüft worden ist. Wenn man hört, daß man ausgerechnet den Kreis, der sich für einen Arbeitsdienst einsetzt, die „Reichsarbeitsgemeinschaft für Deutsche Arbeitsdienstpflicht", nicht zu der Erörterung hinzugezogen hat, wenn man hört, daß der die Verhandlungen leitende Ministerialbeamte auf den Hinweis auf eine Hinzuziehung dieses Interessentenkreises erklärt habe: „Diese Kreise wünschen wir nicht mitheranzuziehen"[3], so muß einem doch der starke Zweifel daran aufsteigen, daß hier eine tatsächliche Klärung der Frage erfolgt ist. Ja, der Zweifel könnte sich sogar dahin ausweiten, ob nicht das Ministerium im wesentlichen nur seiner gegensätzlichen Einstellung einen weit sichtbaren Rückhalt geben wollte. Hat doch der Reichsarbeitsminister schon in seiner Einladung zu der Besprechung am 12. Januar seinen ablehnenden Standpunkt zum Ausdruck gebracht. Seine Meinung geht dahin, daß die Schwierigkeiten „praktisch wohl kaum zu bemeistern wären, und daß die Nachteile ... die Vorteile überwiegen dürften".

Jedenfalls, eine Klarstellung des Problems ist nicht erfolgt. Und zwar schon deshalb nicht, weil man auch hier wieder nicht an die Wurzel des Problems herangegangen ist. Diese ist und bleibt: welches ist die Grundursache der Arbeitslosigkeit? Diese Frage muß zuerst völlig klarliegen, denn von hier aus nur ist die Arbeitsdienstpflicht zu erörtern. Die zwei Möglichkeiten liegen vor: ist die Arbeitslosigkeit eine Funktion einer vorübergehenden Krise, oder liegen die letzten Ursachen tiefer, etwa in einer dauernden Veränderung der Weltmarktlage?

Im ersten Falle bleibt die Arbeitslosigkeit, so furchtbar sie auch anwächst, doch nur eine vorübergehende Er-

[1] Steinmetz, K. F.: Brennende Fragen. — Technik und Kultur 21 (1930) 182—185

[2] Der leitende Angestellte 13 (1931) 12

[3] Wirtschafts-Nachrichten 7 (1931) 72

scheinung, und ihre Milderung oder Bekämpfung kann durch Notmaßnahmen und Fürsorge (Versicherung) erfolgen. Diesen Weg hat man bisher, wenn auch unzureichend, beschritten, und man darf wohl annehmen, daß das Reichsarbeitsministerium sowie alle jene Kreise, die an der erwähnten Besprechung beteiligt waren, die Arbeitslosigkeit als eine Folge der Wirtschaftskrise betrachten. Bekannt ist ja, daß in diesem Zusammenhang stets von der „Weltkrise" gesprochen wird, von der die deutsche Krise abhänge.

Im zweiten Falle muß mit der Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung gerechnet werden. Und das würde ganz andere Mittel zu einer Milderung oder Beseitigung erfordern. Die maßgebenden Verfechter der Arbeitsdienstpflicht stehen auf diesem Standpunkt, und von hier aus gesehen gewinnt die Frage eine andere Beleuchtung.

Fraglos: die heutige Arbeitslosigkeit, die fünf Millionen Menschen mit ihren Familienangehörigen betroffen hat, ist ein Problem der aller ernstesten Art, so ernst, wie es noch kein Problem in der Neuzeit gab. Es ist heute für Deutschland das Problem schlechthin. An seiner Lösung zu arbeiten, ist ein dringendes Gebot der Stunde. Viel Zeit haben wir nicht mehr zu verlieren.

GEWERBESTEUER FÜR FREIE BERUFE

Die der „Ausübung der reinen Kunst oder der reinen Wissenschaft gewidmeten freien Berufe" unterliegen nicht der Gewerbesteuer; so besagt § 3, Ziffer 2, Gewerbesteuerverordnung.

Was aber ist „reine Kunst", was „reine Wissenschaft"? Der Gesetzgeber hat dies so erläutert:

> „Als der reinen Kunst oder der reinen Wissenschaft gewidmet ist ein künstlerischer oder wissenschaftlicher Beruf dann anzusehen, wenn er sich auf schöpferische oder forschende Tätigkeit, Lehr-, Forschungs- und Prüfungs-Tätigkeit sowie auf schriftstellerische Tätigkeit beschränkt."

Hieraus ergeben sich (und haben sich vielfach ergeben) erhebliche Streitfragen. Die Steuerbehörden haben natürlich das Bestreben, diese Definition der gewerbesteuerfreien Tätigkeit so eng wie möglich auszulegen, so daß dadurch so gut wie alle im freien Berufe tätigen Architekten und Ingenieure als gewerbesteuerpflichtig erklärt werden. Bisher sind — soweit zu sehen — authentische Auslegungen der Begriffe seitens der zuständigen Steuergerichte noch nicht ergangen. Auch die Ausführungsanweisung des Ministeriums (31. Mai 1930) gibt keine Auslegung, sondern führt nur Beispiele an: „unterliegen der Gewerbesteuer nicht die schöpferische Tätigkeit z. B. des Malers, des Bildhauers, des Tonkünstlers". Die Tätigkeit eines Architekten, der eine Planung durchführt, ist aber doch wohl mindestens ebenso „schöpferisch" zu bewerten wie beispielsweise die des Tonsetzers eines modernen Schlagers! Und was heißt „reine Wissenschaft"? Ist die Tätigkeit eines beratenden Ingenieurs, der eine Fabrikation begutachtet, nicht eine rein wissenschaftliche? Sie wird doch nicht dadurch zum „Gewerbe", weil er dafür bezahlt wird! Denn der wirtschaftliche Ertrag ist auch bei der als schöpferische Tätigkeit im Gewerbesteuergesetz anerkannten Tätigkeit des Bildhauers, Malers usw. zum mindesten Nebenzweck.

Notwendig ist, daß gegen die Veranlagung zur Steuer Einspruch erhoben und dessen Ergebnis zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird, damit Klarheit geschaffen werden kann. —nm—

DOKTOR-FABRIKEN

Unter dieser Überschrift ist bereits früher[1] von zwei Privatschulen in Belgien berichtet worden, die an Deutsche die Titel „Dr.-Ing." und auch „Dipl.-Ing." verleihen bzw. verliehen haben, obschon es in Belgien diese Titel im Sinne akademischer Grade der deutschen Hochschulen nicht gibt. Es sind dies das „Institut supérieur technique et colonial Liège", das sich auf deutsch gedruckten Werbeschreiben „Technische und Kolonial-Hochschule Lüttich" nennt, und die „Université Philotechnique de Bruxelles", die natürlich — abgesehen von ihrem Charakter als Privatschule — auch keine Hochschule in unserem Sinne ist.

Als Titelträger der Lütticher „Doktor-Fabrik" wurde ein Herr L. Betz namentlich angeführt. Über diesen Sonderfall wird noch mehr die Rede sein müssen. Als Titelträger der Brüsseler Schule ist ein Herr H. Tillmann zu nennen.

Nachdem der Titelhandel seitens der amerikanischen „Universitäten" (sprich: Erwerbsinstitute in Form von Korrespondenzbüros) wesentlich unterbunden wurde[2], erschienen in deutschen Tageszeitungen[3] vielfach Anzeigen folgender (oder ähnlicher) Art:

> Dr.-Titel
> an ausl. Univ. alle Fakult. auch Dipl.-Ing.
> spez. für Berufstätige und Ältere. Anschr.
> erbeten (Rückporto) an das Privatsekretariat
> Antwerpen 11
> Loostraat 76

Auf Anschreiben an dieses „Privatsekretariat" in Antwerpen erhielt man eine Antwort aus Berlin, und zwar von einem „Geheimen Hofrat B. R. Oehler". Es konnte festgestellt werden, daß dieser „Geheime Hofrat" polizeilich als „Ökonomierat" gemeldet war, daß das „Privatsekretariat" lediglich eine Deckadresse darstellt und der Herr „Geheime Hofrat" Agent für eine „Doktor-Fabrik" sein muß. Die Spur wies auf Belgien, auf die obenangeführte „Université Philotechnique".

Nunmehr hat die Berliner Kriminalpolizei den Herrn „Geheimen Hofrat" ausgehoben und aus dem beschlagnahmten Material festgestellt, daß rund 200 Deutsche aller möglichen Berufskreise Titel von ihm bezogen haben, und daß er als Vermittler für die genannte Brüsseler Privatschule tätig war.

An und für sich ist es rechtlich nicht leicht, solchen Titelvermittlern das Handwerk zu legen. Es steht aber zu hoffen, daß die Aufdeckung des Handels zur Reinigung auf diesem Gebiete beiträgt, und daß sie vielleicht doch einmal dazu führt, daß in Deutschland auf gesetzlichem Wege eine brauchbare Grundlage geschaffen wird, um den Mißbrauch akademischer Grade zu unterbinden, der besonders mit denen der Technischen Hochschulen getrieben wird. Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz.

[1] Technik und Kultur 21 (1930) 166

[2] Technik und Kultur 21 (1930) 35

[3] z. B.: Kölnische Zeitung vom 26. Okt. 1930

Rußland! Diplom-Ingenieure, die in Verhandlungen wegen Stellung in Rußland eintreten oder stehen, dürfen keinen Vertrag abschließen ohne sich vorher beraten zu lassen durch die Geschäftsführung oder den Bezirksverein!

COLLOQUIUM

Über die Bildung von Gauen im VDDI

Auf der letzten Ausschußtagung ist übereinstimmend das Verlangen nach einer intensiveren Zusammenarbeit der Bezirksvereine mit der Verbandsleitung zutage getreten. Diese sollte erreicht werden durch die Einführung sogenannter „Führer-Konferenzen", auf denen die Verbandsleitung in einem kleineren Kreise, als auf der Ausschußtagung möglich ist, die den Verband betreffenden Angelegenheiten besprechen könnte. Hierfür erscheint es aber notwendig, daß zuvor die einzelnen Bezirksvereine zu größeren Gruppen zusammengefaßt werden, so daß die Verbandsführung auf einer Sitzung, auf der mehrere Bezirksvereine vertreten sind, sich mit den Wünschen und Bedürfnissen der einzelnen Bezirksvereine bekannt machen und auch die BV über die Arbeiten im Verbande unterrichten kann. Bisher haben sich innerhalb des Verbandes vier „Gaue" gebildet: der „Gau Sachsen" mit den Bezirksvereinen Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Plauen, der „Gau Mittelrhein", bestehend aus den Bezirksvereinen Kassel, Mainz-Wiesbaden, Darmstadt und Frankfurt, der „Gau Bayern" mit den Bezirksvereinen Augsburg, München und Nürnberg sowie der (älteste) „Gau Rheinland-Westfalen", der besonders die Bezirksvereine des Industriegebietes und der diesem benachbarten Teile umfaßt, und zwar die Bezirksvereine Osnabrück, Dortmund, Bochum, Essen, Duisburg, Düsseldorf, Köln und Wuppertal (Barmen-Elberfeld).

Es erscheint wünschenswert, daß eine derartige Zusammenfassung in Gaue weiter ausgedehnt wird. Hierfür wird eine regionale Aufteilung das Gegebene sein. Es wäre denkbar, daß beispielsweise Königsberg und Danzig sich zu einer Arbeitsgemeinschaft Osten zusammenfinden, ebenso die Bezirksvereine Breslau und Oberschlesien; doch wird hier im Osten wahrscheinlich der weiten Entfernungen wegen ein noch engerer Zusammenschluß nicht möglich sein.

Günstiger liegen die Verhältnisse in der Nordmark, in der die Bezirksvereine Hamburg-Altona, Bremen und Kiel zusammengeschlossen werden könnten.

Nahe beieinander liegen die Bezirksvereine Karlsruhe, Mannheim, Pfalz, bei denen unter Zutritt von Saarbrücken und vielleicht Stuttgart wiederum ein Gau gebildet werden könnte.

Schwieriger sind die Verhältnisse in Mitteldeutschland, weil die BV Berlin, Braunschweig, Hannover, Halle, Magdeburg zu weit auseinanderliegen. Jedoch sollte ein Zusammenschluß von Hannover, Braunschweig, Magdeburg möglich sein, weil die Eisenbahnverbindungen günstig liegen. Hierzu könnte der Bezirksverein Berlin treten.

Würde eine derartige Aufteilung Wirklichkeit werden, so könnte dadurch die Arbeit der Verbandsleitung wesentlich erleichtert werden. Die gegenseitigen Aussprachen würden vereinfacht und gefördert, und es wäre möglich, den Beratungsstoff für die Ausschußtagungen zu vereinfachen und gründlicher vorzubereiten.

Es erscheint sehr wünschenswert, über diese Fragen in den einzelnen Bezirksvereinen zu sprechen, damit ein Zusammengehen bald herbeigeführt wird. Die Geschäftsordnungen der bereits bestehenden Gaue könnten richtunggebend sein, soweit sie sich in ihrer Durchführung bisher gut bewährt haben.

Dr.-Ing. W. Heinemann, Berlin.

PRESSESCHAU

Chinas Eisenindustrie. — Dr. phil. h. c. Dr.-Ing. Karl Wendt (Essen) in „Stahl und Eisen" 51 (1931) 1—8; 1 Übersichtskarte, 1 Abb. einer Aufbereitungsanlage.

China: eines der ältesten Eisen erzeugenden Länder der Erde; heute noch große Anzahl kleiner ursprünglicher Eisenschmelzen da, wo Erz und Kohle zusammentreffen; Erzeugung dieser Schmelzen heute 180 000 t, die bis vor 70 Jahren den vollen Bedarf deckten. Ende der 60er Jahre vor. Jahrhunderts setzte Einfuhr ein: 6000 bis 7000 t jährlich, steigend auf 70 000 t in 1890, heute 700 000 t im Jahr. Neuzeitliches Eisenhüttenwesen: erst seit 40 Jahren; die Han-Yang Iron & Steel Works am Han-Fluß (Mündung in den Jang-tse-Strom) waren lange Zeit einziger Hüttenbetrieb. Im Weltkrieg entstanden mehrere Eisenwerke, teils unter Einflußnahme Japans (1915); etwas später entstanden in Pootung zwei Hochöfen, denen 1922 ein S.-M.-Werk und kleines Walzwerk (deutsche Beteiligung) angegliedert wurde. 1917 Hüttenwerk in der Mandschurei (vollständig japanisch); 1918 ein Werk bei Peking (gemischt-wirtschaftlicher Betrieb, Regierungs- und Privatkapital). 1920 ein Hochofen der Jang-tse Engineering Works bei Hankau. Jetzt insgesamt 17 Hochöfen von 12 t bis 500 t Größe mit einer jährlichen Leistungsfähigkeit von 1 127 000 t und nach neuzeitlichen Verfahren arbeitend. Ausnutzung aber bisher im Höchstfalle nur zu 25 bis 30%. Heute nur die Hochöfen der Werke japanischer Leitung (Pendishu Co. mit 2 Hochöfen von 20 t und 2 von 140 t; Anshan, Südmandsch. Eisenbahn mit 2 Hochöfen von 250 t, 1 von 500 t). S.-M.-Öfen nur an zwei Stellen: 7 Öfen von je 30 t in Han-Yang und 2 Öfen von je 15 t in Wou-Ching; aber kein Ofen in Betrieb. Walzerzeugnisse werden in China nicht hergestellt. Rohstoffgrundlagen: China eines der erzreichsten Länder an der westlichen Pazifikküste; neuere Schätzungen (1925): 1300 Mill. t Erzvorrat, ohne Berücksichtigung der neuesten Funde (Mongolei, Tibet usw.). Kohle: weit verbreitet; China eines der kohlenreichsten Länder der Erde. Nach Angaben aus 1926 (Geologische Landesanstalt Peking) 217 626 Mill. t, und zwar (in Mill. t) Anthrazit 43 593, Bitumin. Steinkohle 173 465, Lignit 568. — Verfasser beschreibt die einzelnen Eisenhüttenwerke. — Zusammenfassend: Erst zuverlässige Durchforschung der Erz- und Kohlevorkommen und verkehrstechnische Erschließung des Landes; dann kann an wirtschaftliche Auswertung der gegebenen Möglichkeiten, an Wiederaufbau und Ausbau der vorhandenen Hüttenwerke herangegangen werden. S.

Anmerkungen zu dem jüngsten preußischen Ministerialerlaß. — Dr. Alfred Ehrentreich (Berlin) in „Frankfurter Zeitung" Nr. 161 vom 1. März 1931.

Im Sinne der Abwendung der Überfüllung der Höheren Schulen und der Hochschulen ist der Erlaß zu begrüßen. Eine weitere Verschärfung dürfte sich durchaus empfehlen. Doch: nicht zu verkennen ist, daß der Erlaß „nach der anderen Seite mißbraucht werden kann". Wie auf wirtschaftspolitischem Gebiete, so jetzt auf dem schulpolitischen ein Gegenschlag: „Die Reaktion auf die Höherbewertung der manuellen Arbeit heißt Lohnabbau; die Reaktion auf den Grundsatz ‚Freie Bahn für den Tüchtigen' oder des Aufstiegs der Massen heißt ‚Auslese'..." Diese Reaktion hat ihren

Hort in akademischen Kreisen, die größtes Mißtrauen dem „Aufstieg der Unterschicht" gegenüber haben. Die Forderung nach „Auslese" bedeutet ihnen „Zurückdrängung des sogenannten Begabtenaufstiegs". Die Gefahr besteht, daß der Erlaß zur Abwehr minderbemittelter Schüler ausgenutzt wird. Die Probezeit an Stelle einer Aufnahmeprüfung ist zu begrüßen; andererseits bedeutet sie aber auch einen Unruhefaktor, der in die Sexten getragen wird. Die Versetzungsbestimmungen sind auf halbem Wege stehengeblieben. Man soll klar aussprechen: ein Schüler muß die Höhere Schule verlassen, wenn er in einem Jahre nicht das Klassenziel erreicht. „Erst dann hört die Höhere Schule auf, ein Vorrecht der besitzenden Schichten zu sein." Zur Ablenkung des Zustromes zur Höheren Schule ist der Abbau des Berechtigungswesens erforderlich. Unbekümmert um den Einspruch der Universitäten sollte der Abbau des Abiturs betrieben werden; dazu muß eine Revision des gesamten Zeugniswesens treten. Die nichtssagenden Zahlen der heutigen Zeugnisse sind durch eine persönliche Charakterisierung des ganzen Menschen zu ersetzen. Erst dann ist der Prozeß von der Lernschule zur Arbeitsschule vollendet, dem Berechtigungswesen seine Stütze genommen, und die Auslese gewinnt einen produktiven Charakter. L—a.

Ein Vorschlag für elastischere Gestaltung des Tarifsystems. — Dr. Legers (Remscheid) in „Kölnische Zeitung", 102, vom 21. Februar 1931.

Die bestehenden Schwierigkeiten erfordern zweierlei: ein „Sofortprogramm", um die Arbeitslosigkeit einzudämmen, die Belastung von öffentlichen Finanzen und Wirtschaft einzuschränken; und: ein zweites Programm, auf weite Sicht eingestellt, um eine neu einzuschlagende Lohn- und Sozialpolitik zu unterbauen, Erschütterungen des Wirtschaftslebens auszugleichen. Das Problem umfaßt: unter Beibehaltung von Tariflohn, tatsächlichem Verdienst, Tarifvertrag und Unabdingbarkeit zu einer wirtschaftlich und politisch dennoch erträglichen Lösung zu kommen. Vorschlag zur Lösung: Unabdingbarer Teil des Lohnes ist nicht der Tariflohn, sondern er wird gesetzlich auf etwa die heutigen Sätze der Arbeitslosenversicherung begrenzt (wegen Staffelung ein mittlerer Lohn als Grundlage). Diese Sätze sind für die einzelnen Wirtschaftsgruppen unabdingbar. Über diesen Sätzen bewegen sich die den Erfordernissen des Betriebes sich anpassenden, tariflich zu vereinbarenden Sätze. Der unabdingbare Mindestsatz müßte insofern gewährleistet werden, daß die Arbeitslosenversicherung dem Kurzarbeiter jeden nicht in seine Wartezeit fallenden Ausfalltag mit dem vollen Mindestverdienst bezahlt. Andererseits müßte die Ablehnung einer angebotenen Arbeit den Verlust der Unterstützung zur Folge haben. Dieser Vorschlag würde den Hauptirrtum der bisherigen amtlichen Lohnpolitik beseitigen, die Initiative des Unternehmers beleben, den Arbeitnehmer anspornen, dem freien Spiel der Kräfte die Festlegung des wirtschaftlich erträglichen Lohnes überlassen. S—z.

Die Wirtschaftswissenschaften im technischen Studium. Zur Problematik der geistigen Schulung des Ingenieurs. — Professor Dr. Max Muß (Darmstadt) in „Frankfurter Zeitung" 64 (1931) Nr. 7 vom 15. Februar 1931.

Daß der Ingenieur wirtschaftliche Kenntnisse braucht, wird nicht bestritten; die Meinungen gehen auseinander über die Art und das Maß der wirtschaftlichen Schulung. In den Kreisen der Techniker nicht selten angetroffenes Mißtrauen gegenüber den Wirtschaftswissenschaften wird bedingt durch die geistige Grundlage der Techniker, durch die Eigentümlichkeiten der Technischen Wissenschaften und ihrer Aufgaben. „Die moderne Technik ist in solchem Maße verwissenschaftlicht, soweit dem Zufall persönlicher Geschicklichkeit und Eingebung enthoben, daß sie den Studierenden als ein durch und durch rationales und dabei kompliziertes Lehrsystem entgegentritt, als ein System von ausgeprägter geistiger Eigenart und bedrückender Fülle." Die technische Lehre ist im Kern von seltener Geschlossenheit durch die Anwendung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Methode, die in der Technik deswegen anwendbar ist, weil es sich immer um greifbare Dinge, um formbare, in ihren Bedingungen meßbare Materie handelt. Soviel Stärken der auf diesen Boden gestellte Ingenieur aufweist, so hat er andererseits bedenkliche Schwächen. Die größte Gefahr des Ingenieurs ist geistige Isolierung. Diese Folge der technisch-wissenschaftlichen Ausbildung kann berufliche Befähigung, gesellschaftliche Eignung wie die Geistigkeit des Menschen beeinflussen. Überaus wertvolle typische Ingenieureigenschaften — strenge, klare Sachlichkeit, Tatkraft, Hingabe, Wahrhaftigkeit gehen dem öffentlichen Leben verloren. Hier liegt die Bedeutung der geisteswissenschaftlichen Disziplinen an den Technischen Hochschulen und ihre Sonderaufgabe. Die Wirtschaftswissenschaften nehmen dabei eine hervorragende Stellung ein, weil sie dem Sinn für praktisches Wirken entsprechen und gleichzeitig in die „Welt des nichtmechanischen, des physisch begründeten Geschehens einführen. Doch muß der Stoff den Sonderbedingungen an den Technischen Hochschulen angepaßt werden, mit „Ausschnitten aus dem System der Wirtschaftswissenschaften, wie sie an Universitäten gelehrt werden, ist es nicht getan". Das Verständnis der Wirtschaft muß den Einzelkenntnissen vorangestellt werden. —nm—

Dipl.-Ing. K. F. STEINMETZ:

ZUM PROBLEM DER AUSLESE AN DEN HÖHEREN SCHULEN (DER NEUE PREUSSISCHE SCHULERLASS)

I

Der übermäßige Zustrom zu den Höheren Schulen, die gegenüber der Vorkriegszeit unverhältnismäßig gewachsene Zahl der Abiturienten und, als eine Folge, die heute um 70% höhere Zahl der Studierenden an den deutschen Hochschulen haben eine sehr ernste Gefahr heraufbeschworen. Wenn man hört, daß von den heutigen Studierenden an den Technischen Hochschulen die Industrie in Zukunft nur 20% aufzunehmen vermag, so daß also bei rund 23 000 Studierenden eine erschütternd hohe Zahl von technischen Akademikern keine Aussicht hat, in absehbarer Zeit den Beruf, für den sie sich vorgebildet haben, in einer auch nur einigermaßen entsprechenden Stellung auszuüben, so wird man sich des Ernstes der Lage im technischen Beruf wohl bewußt. Insgesamt rechnet man damit, daß wir im Jahre 1934 in Deutschland 120 000 ausgebildete Akademiker zuviel haben werden, daß also 120 000 Akademiker der verschiedenen Berufe entweder „stellenlos" sein werden oder sich mit irgendwelchen „Beschäftigungen" mehr oder weniger kümmerlich durchschlagen müssen.

Angesichts dieser Sachlage müssen alle tauglichen Mittel angewendet werden, um den Strom abzudämmen und ihn in andere Bahnen zu lenken. Eines der anzuwendenden Mittel ist eine verschärfte Auslese an den Höheren Schulen und schon an der Schwelle zu der Höheren Schule. Der erfahrene Schulmann Dr. W. Hartnacke[1] hat festgestellt, daß die Zahl der recht guten Schüler und Studenten gegen früher so gut wie nicht gewachsen sei. Hier liegt die wesentliche Ursache der Überfüllung: es wird heute eine ungleich größere Zahl Jugendlicher mit geringerer Eignung auf die Höhere Schule gebracht als früher, und eine wesentlich größere Zahl weniger Geeigneter als früher durchläuft die Höhere Schule mit „Erfolg" und bevölkert die Hochschulen.

Die Klage ist nicht neu, daß es auf der Höheren Schule an der nötigen Auslese, und zwar strengen Auslese, mangelt. Und auch die Klage ist bekannt, daß das Durchschnittsniveau der Studierenden an den Hochschulen gesunken ist. Äußerungen wie die im Preußischen Landtag gefallene: „es sei eine Unmöglichkeit, die Reifeprüfung nicht zu bestehen", und „daß selbst der Dümmste sein Ziel erreichen müsse", sollten doch recht nachdenklich stimmen[2]. Sie stellen aber auch dem Verantwortungsbewußtsein der Lehrer an den Höheren Schulen kein günstiges Zeugnis aus.

Sicher ist, daß die Leistungen der Höheren Schulen durch die mit den verschiedenen Reformen in sie hineingetragene Unruhe beeinflußt wurden und werden. Und die heutige Einstellung breiter Kreise zu dem Bildungsproblem überhaupt sowie politische Einflüsse dürften auf die Einstellung der Lehrer nicht überall ohne Wirkung geblieben sein. Zu leicht wird der Vorwurf, unsozial oder reaktionär zu sein, heute gefürchtet.

Hier muß mit einer Aufklärung der breiten Volkskreise eingesetzt werden; hier liegt eine — vielleicht nicht immer angenehme, aber im Interesse des Volkes dankenswerte — Aufgabe auch der Berufsberatungsämter, insbesondere aber der Lehrer selbst, namentlich an den Grund(Volks)schulen. Es muß einmal endgültig mit der weitverbreiteten Ansicht aufgeräumt werden, daß unser Bildungswesen früher unsozial gewesen und es noch heute sei, daß „die Kinder des Volkes" von den Möglichkeiten des Aufstieges über den Weg der Höheren Schulen und der Hochschulen ferngehalten werden[3]. Freilich: diese Ansicht gehört zum Rüstzeug politischer Machtgruppen und scheint immer noch ein gutes Agitationsmittel zu sein. Dem ist mit allen Mitteln entgegenzuwirken, denn hier handelt es sich ganz gewiß nicht um eine sogenannte „bürgerliche" Ideologie; die wirklich Leidtragenden solcher Agitation sind die nächsten Generationen und schließlich die Allgemeinheit.

Diese Wege haben tatsächlich zu einer Aufblähung des Bildungswesens geführt, womit zweifellos ein Verzicht auf steigendes Niveau, ja ein Sinken der Durchschnittsleistungen verbunden ist. „Der Bildungserfolg ist keine Funktion des öffentlichen Bildungsaufwandes."[4]

II

Es gibt nur einen Ausweg aus der unhaltbaren Lage: das Tor zu den Hochschulen muß enger gemacht werden. Nicht dadurch wird man den Zustrom abdämmen können, daß man — wie es da und dort vorgeschlagen wird — einen Numerus clausus einführt. Ein solcher würde immer mehr oder minder mechanisch sein und nicht das Problem, um das es in Wahrheit geht, lösen: die für wissenschaftliche und forschende Tätigkeit wirklich Begabten auf die Hochschulen zu bringen. Solche aber sollen durch die Hochschulen gehen, sollen gefördert werden, aber sie sollen es auch nicht leicht haben!

Das Problem ist, dem wahrhaft Begabten und Tüchtigen die Möglichkeit des Aufstiegs zu geben, gleichviel welcher sozialen Schicht er entstammen möge. Am Staate liegt es, die materiellen Mittel dafür bereitzustellen, denn die Förderung der Tüchtigen liegt in seinem wohlverstandenen Interesse.

Die notwendige Verengung des Zuganges zu den Hochschulen ist, wie die Dinge liegen, nur auf zwei Wegen möglich: entweder die Hochschulen lösen sich von den Höheren Schulen und führen besondere Aufnahmeprüfungen ein, oder: die Auslese hat an den Höheren Schulen und an deren Schwelle zu erfolgen.

Den ersten Weg hat früher schon Oswald Spengler in etwas anderer Form vertreten[5], indem er auf die Trennung der Reifeprüfung von der Schule das Hauptgewicht bei einer Neugestaltung des Höheren Schulwesens legte. An Stelle der jetzigen Reifeprüfung will Spengler ein „Führungszeugnis" setzen, und unabhängig von allen Schulen soll eine „Reichsprüfung" eingeführt werden, zu der sich jeder soll melden dürfen, ohne Rücksicht auf Alter, Stellung, Vorbildung, Herkommen. Diese „Reichsprüfung" denkt sich Spengler mit einem „Doktorgrad niederen Ranges" (etwa wie Lizentiat, Bakkalaureus) verbunden. Soweit zu sehen ist, haben diese Vorschläge bisher kein bedeutungsvolleres Echo gefunden, obschon sie ernstlicher Erörterung wert sind. Vielmehr hat man im wesentlichen die Möglichkeit diskutiert, die Reifeprüfung an die Hochschule zu verlegen, d. h. an der Hochschule eine Aufnahmeprüfung einzuführen. Daß hier aber sehr große Schwierigkeiten sich einstellen würden, erscheint gewiß; sicher könnte bei einer solchen Prüfung die Mitwirkung der Lehrer der Höheren Schulen nicht gut entbehrt werden. Die bisher vorliegenden Urteile von Hochschullehrern, insbesondere solchen der Universitäten, sind im allgemeinen ablehnend. Jede von der Schule losgelöste Prüfung befindet sich hinsichtlich der Gesamtbeurteilung des Prüflings immer gegenüber der Prüfung (und Beurteilung) durch die Höhere Schule selbst im Nachteil.

So bleibt zunächst praktisch die verschärfte Auslese an den Höheren Schulen. Diese kann jedoch nicht erst und bloß bei der Reifeprüfung gehandhabt werden, sie muß viel früher einsetzen und ständig wirksam sein.

Die Lehrer der Höheren Schulen tragen zu einem erheblichen Ausmaß die Verantwortung für das spätere Berufsschicksal der jungen Menschen. Sie müssen sich dieser Verantwortung bewußt sein, aber auch der Verantwortung gegenüber der Volksgesamtheit, der niemals damit gedient ist, wenn der Höchstleistungscharakter der oberen und obersten Bildungsschicht verlorengeht. Verstärktes und vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Schule und Elternhaus wird dabei notwendig sein. Bei der Auslese an den Höheren Schulen, die auch aus wirtschaftlichen Gründen frühzeitig genug erfolgen muß, sind Rücksichten auf die jeweilige Bildungsschicht, der die Eltern angehören, restlos auszuschalten.

III

Wenn man die wahrhaft Begabten fördern will — und nur ein Unvernünftiger wird diese im Allgemeininteresse liegende Förderung nicht wollen —, so muß man notwendigerweise die Unbegabten und starken Mittelmäßigen abhalten und anderen, geeigneteren Berufen zuführen. Freilich, und das wurde schon früher betont[6]: „das Erkennen der Begabung für einen bestimmten Beruf, sowohl im jugendlichen Alter als auch im fortgeschrittenen, ist eine ungeheuer schwierige Aufgabe". Und diese Aufgabe wird um so schwieriger, die Verantwortung für die Entscheidung um so schwerer, je

[1] Technik und Kultur 22 (1931) 28
[2] Technik und Kultur 21 (1930) 150—151
[3] Technik und Kultur 22 (1931) 28
[4] Technik und Kultur 22 (1931) 28
[5] Technik und Kultur 15 (1924) 20—21
[6] Steinmetz, K. F.: Der Aufstieg der Begabten. — Z. Verb. Deutsch. Dipl.-Ing. 9 (1918) 1—10

früher sie getroffen werden muß. Soweit es sich um die in der Höheren Schule geforderten Bildungsaufgaben handelt, wird man aber in den weit überwiegenden Fällen wohl schon an der Schwelle der Höheren Schule in der Lage sein, die Ungeeigneten zu erkennen und auszuscheiden. Bei den Schülern, bei denen Entwicklungsmöglichkeiten noch vermutet werden, muß eine Entscheidung in den ersten Jahren des Unterrichts getroffen werden können. Erschwerend fällt dabei ins Gewicht die Vielheit unserer Höheren Schulen; und auch in Hinblick auf die verschärfte Auslese während der Schulzeit wäre eine Vereinfachung des Aufbaues der Höheren Schulen durchaus zu wünschen[7].

Bisher erfolgte die Auslese an der Schwelle der Höheren Schule durch eine Aufnahmeprüfung, soweit die Schüler von der Grundschule kamen (was in Süddeutschland überwiegend von jeher der Fall ist) oder durch Aufrückung in die Sexta von der Vorschule her (Preußen). Daß in beiden Fällen eine entsprechende Auslese nicht oder nicht mehr stattgefunden hat bzw. nicht wirksam war, beweist die Überzahl der Abiturienten und die Klagen über ihr Bildungsniveau. Hier muß aber zuerst eingesetzt werden. Fraglos ist eine Prüfung etwa zehnjähriger Kinder eine problematische Sache, noch dazu, wenn eine solche Prüfung, wie in diesem Falle, von den Kindern völlig fremden Lehrern erfolgt. Offenbar sind deshalb die Forderungen, die in dieser Richtung an die Kinder gestellt werden, starke Minimalforderungen. Und die Verantwortung, ein Kind, das dem Lehrer an sich und in der Gesamtheit seiner Fähigkeiten völlig fremd ist, auf Grund einer so mehr summarischen und formalen Prüfung abzuweisen, wer wollte und will sie so ohne weiteres tragen? Hier können zweifellos ähnliche Argumente ins Treffen geführt werden, wie sie gegen eine Verlegung der „Reifeprüfung" an die Hochschulen vielfach angezogen werden.

Diese Schwierigkeiten will nun in Preußen ein neuer Schulerlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (Grimme) überwinden. Dieser Erlaß bestimmt, daß von Ostern 1931 ab grundsätzlich auf eine Aufnahmeprüfung beim Übergang von der Grundschule in die Mittel- und die Höhere Schule zu verzichten ist. Die Eignung für die unterste Klasse der genannten Schularten soll durch einen Ausschuß aus Lehrkräften der Grundschule und der anderen Schulen geprüft werden; die Entscheidung soll erfolgen auf Grund der Zeugnisse der Grundschule und eines schriftlichen Gutachtens des letzten Klassenlehrers. Wenn die Zahl der aufnahmesuchenden Kinder größer ist als die Zahl der verfügbaren Plätze, dann kann dieser Ausschuß eine Prüfung vornehmen.

Zweifellos wird bei richtiger Handhabung dieser Bestimmung und völlig sachlicher und unbeeinflußter Arbeit der in Frage kommenden Ausschüsse eine klare Ausscheidung der Ungeeigneten, soweit menschliches Ermessen überhaupt in der Begabtenfrage ein Urteil fällen kann, zutreffender erfolgen können als durch die bisherige Aufnahmeprüfung. Den Lehrern der Grundschulen wird mit dieser Bestimmung freilich eine weit stärkere Verantwortung als bisher auferlegt. Dieser Verantwortung wird die Lehrerschaft jedoch nur dann gerecht werden können, wenn parteipolitischer Einfluß auf die Schule ausgeschaltet wird. Daß bei den heutigen, bekannten Verhältnissen hier eine Schwierigkeit liegt, wird man schwerlich bestreiten können.

Aber im großen ganzen ist diese Bestimmung des Erlasses zu begrüßen; zu begrüßen als ein endlich einmal erfolgter praktischer Schritt, um dem Elend der „studierten Berufe", der Überfüllung der Höheren Schule und der Hochschulen zu steuern.

Nicht ganz verständlich erscheint es, daß der Erlaß in das Ermessen der auswählenden Ausschüsse stellt, eine Prüfung abzuhalten, wenn die Zahl der ausgewählten Kinder die Zahl der verfügbaren Plätze übersteigt. Schon diese Möglichkeit einer „zweiten Instanz" kann dazu verleiten, die Strenge der Auswahl zu mildern, die Verantwortung teilweise abzuwälzen. Es scheint im Ministerium noch nicht durchgedrungen zu sein, was Hartnacke feststellte: daß die Zahl der recht guten Schüler gegen früher nicht gestiegen ist, d. h. daß die Anzahl der Intelligenzen im Volke nicht wesentlich vermehrt ist. Bei richtiger scharfer Auslese müßten die verfügbaren Plätze zweifelsohne ausreichen, zudem gegenüber der Vorkriegszeit die Zahl der höheren Bildungsstätten vergrößert ist.

Der Einwand wird aber auch bei dieser Art der Auslese erhoben werden: im Alter des Übertritts zur Höheren Schule ist die Entwicklung des Kindes nicht zu übersehen, und man erlebt es häufig genug, daß Kinder bis zu den Entwicklungsjahren recht mäßige Schüler sein können, in den höheren Klassen, im Alter über 15 Jahre aber oft glänzende Erfolge haben. Gewiß wird dies zutreffen, aber genau so bei der unpersönlichen Aufnahmeprüfung und da noch viel eher als bei der individuellen Auslese. Andererseits: birgt ein Kind in sich wirklich die notwendige Intelligenzanlage (die ja vorhanden sein muß, denn die Schule kann nur auflockern und entwickeln, nicht aber Keime pflanzen)[8], so wird sie sich bahnbrechen so oder so; und auch im heutigen Schulwesen ist Raum für den weiteren Aufstieg (z. B. „Deutsche Oberschule" und schließlich Ergänzungsprüfung zur Hochschule). Dieser Einwand ist deshalb wenig stichhaltig.

IV

Wird so die Auslese der zur Höheren Schule übertretenden Grund(Volks)schüler in scharfer, aber auch objektiver und gerechter Weise getroffen, so ist schon ein erheblicher Fortschritt erzielt, indem zunächst die Ungeeigneten von vornherein ausgeschaltet werden und die Höhere Schule (und ihr Niveau) nicht belasten. Doch erfordert diese „Vorauslese" zweifellos eine „Nachauslese", die an der Höheren Schule erfolgen muß und an Gewicht der Vorauslese nicht nachstehen darf.

Zunächst ist dabei an die Schüler zu denken, die (in Preußen in überwiegender Zahl) von der Vorschule in die Sexta übertreten und dabei wohl der scharfen Auslese nicht im gleichen Ausmaß unterworfen werden. Sodann ist daran zu denken, daß die „Vorauslese" ja keine Garantie für die tatsächliche spätere Entwicklung des Kindes auf der Höheren Schule gibt. Wenn auf der Grundschule ein Kind bei dem dort zu bewältigenden Lehrstoff auch recht gut abschneidet, so ist damit noch nicht Gewähr gegeben, wie sich seine Fähigkeiten zu dem andersgearteten Stoff der Höheren Schule verhalten.

Der neue Erlaß des preußischen Unterrichtsministeriums hat die Notwendigkeit dieser „Nachauslese" sehr wohl erkannt und bestimmt deshalb, daß „die Aufnahme aller Schüler in die unterste Klasse der Höheren oder Mittleren Schulen erfolgt unter der Bedingung der Bewährung". Frühestens nach halbjährigem Unterricht in der untersten Klasse soll die Klassenkonferenz eine Entscheidung über weiteren Verbleib in der Schule fällen; für den Beschluß der Entlassung aus der Schule ist eine Dreiviertelmehrheit der Konferenz erforderlich.

Hier ist somit ein zweites Sieb eingeschaltet, was durchaus (wie oben ausgeführt) notwendig ist, und durch das Falschurteile der Aufnahmeausschüsse korrigiert werden.

Sicher wird es den Eltern und auch dem neugebackenen Sextaner ein schwerer Schlag sein, wenn der Junge (oder das Mädchen) nun im ersten Jahre die Schule verlassen und zur Grundschule übertreten muß. Und ebenso sicher

[7] Technik und Kultur 22 (1931) 29

[8] Technik und Kultur 22 (1931) 28

wird in vielen (oder auch den meisten) Fällen über „Ungerechtigkeit" geklagt werden, und der Sextaner wird sich darüber nach dem bekannten Schulidiom recht drastisch verlautbaren. So muß eine engere Verbindung zwischen Schule und Elternhaus entwickelt werden, aus der sich ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis entwickeln muß. Und wird wirklich einem Jungen ein Unrecht hierbei zugefügt, so wird er, wenn es wirklich eine falsche Beurteilung seiner Fähigkeiten und der ihm liegenden Zukunftsmöglichkeiten war, sich auch anderwärts durchsetzen und sein Ziel erreichen. Die Möglichkeiten sind — wie schon gesagt — dazu vorhanden.

Der Erlaß des preußischen Unterrichtsministeriums setzt die „Nachauslese" durch systematisches Einschalten von weiteren Sieben fort, indem in den höheren Klassen für den weiteren Aufstieg schärfere Bestimmungen als die bisher geltenden getroffen sind. So müssen Schüler der Untertertia und der Obersekunda (unterste Klasse der Mittelstufe bzw. unterste Klasse der Oberstufe) schon nach einjährigem Besuch der betreffenden Klasse die Schule verlassen, wenn die Lehrerkonferenz (mit Dreiviertelmehrheit) sich keinen Erfolg von einem weiteren Verweilen in der Schule verspricht. Ferner müssen Schüler die Schule verlassen, wenn sie zweimal in derselben Klasse oder je einmal in unmittelbar aufeinanderfolgenden Klassen nicht versetzt wurden, wenn die Lehrerkonferenz (mit einfacher Stimmenmehrheit) so beschließt.

V

Die neuen Bestimmungen werden als hart empfunden, manche Eltern und manche Schüler werden schwer dadurch getroffen werden. Doch wird die Handhabung in einer verständnisvollen Zusammenarbeit der beiden Erziehungsparteien — Elternhaus und Schule — manches erleichtern und überbrücken. Darüber müssen wir uns alle aber klar sein: ohne scharfe Auslese und Härte wird das brennende Problem nicht gelöst. Ohne Abwehr der „Halben" und Abweisung der Ungeeigneten ist ein Aufstieg der Tüchtigen, den wir alle wünschen müssen, den wir bitter notwendig haben, nicht denkbar. Und deshalb ist dieser neue Erlaß zu begrüßen. Mögen die anderen Länder sinngemäß folgen.

Patentanwalt Dipl.-Ing. STORT, Berlin:

KÜNSTLER UND INGENIEUR

Viele Künstler werden von den harten und mathematisch bestimmten Formen technischer Gebilde abgestoßen. Andererseits gibt es wiederum erste Künstler, die sich für Maschinen leicht begeistern lassen und gute Bilder von Maschinen gezeichnet oder gemalt haben. Es sei hier, als einer der bekanntesten, Adolf Menzel erwähnt. Darüber, daß es in der Malerei Richtungen gibt, die harte mathematische Formen bevorzugen, besteht kein Zweifel. Man braucht sich in diesem Zusammenhange nur vergegenwärtigen, daß es eine abstrakte Richtung in der Malerei gibt, die lediglich mathematische Formen, wie z. B. Kreise, Vierecke und Dreiecke, für ihre Darstellungen benutzt. Wenn auch viele Laien für die äußeren, insbesondere die architektonischen Formen der Technik einen Sinn haben, so ist es doch im allgemeinen einem Laien sehr schwer, die Schönheit eines arbeitenden Getriebes zu erfassen.

Ein Getriebe, dessen bewegte Herrlichkeit leicht zu erfassen ist, sind die um die Sonne kreisenden Planeten. Der sich bewegende Sternenhimmel hat Goethe als Motiv für seinen Makrokosmus gedient. Wenn nun eine gesetzmäßige Bewegung der Natur in vielen Fällen den Künstler zum Schaffen angeregt hat, so kann dies selbstverständlich auch durch die gesetzmäßige Bewegung einer Maschine geschehen. Voraussetzung ist natürlich, daß diese Gesetzmäßigkeit auch erfaßt wird. Hier bietet sich aber rein äußerlich bereits die erste Schwierigkeit, da fast bei jeder Maschine eine Reihe wichtiger Arbeitselemente verdeckt ist. Der Ingenieur, der diese Elemente kennt, wird sie in Gedanken dem Gesamtbild der Maschine einverleiben und so ohne weiteres die Gesetzmäßigkeit erkennen. Der Laie aber, der nur hin und her gehende oder umlaufende Teile sieht, wird infolgedessen das der Maschine zugrunde liegende Gesetz nicht erkennen, sondern in vielen Fällen nur ihn störende harte Formen sehen und kommt folglich zu einem übereilten, abweisenden Urteil.

Der Ingenieur ist aber an die harten Formen gebunden, weil gerade diese ihm seine Berechnungen erleichtern und von unseren heutigen Einrichtungen leichter hergestellt werden als z. B. Kurven. Ganz anders ist es beim Künstler. Er ist in der Formgebung völlig frei. Nur Gesetze, die er sich gibt, binden ihn. Übertreibt er solche Gesetze, so wird er von der Allgemeinheit abgelehnt (Kubisten).

Die Grundlage jedes ingenieurmäßigen und künstlerischen Schaffens ist die Phantasie. Nachdem durch sie die Inspiration erfolgt ist, kann die eigentliche Arbeit beginnen. Der Kampf vieler Künstler um den Ausdruck fängt gleich nach der Inspiration an. Viele bekannte Künstler haben ausgesprochen, daß nur ein immer wieder und wieder übender und arbeitender Künstler mehr als ein talentierter Dilettant ist. Man denke in diesem Zusammenhang einmal an die überreichliche Arbeit eines Leonardo da Vinci. Am weitesten geht wohl Lessing, wenn er sagt: „Genie ist Fleiß."

Wie die Phantasie des Künstlers, so schafft auch die Phantasie des Ingenieurs immer wieder neue Gebilde. Gewöhnlich tritt, nachdem sich jemand längere Zeit mit einem bestimmten technischen Gegenstand beschäftigt hat, das Neue an ihn heran, — wird von ihm erschaut. Es ist in diesem Zusammenhange interessant, daß viele Erfinder genau Ort und Stelle wissen, an der sie ihre Erfindung gemacht haben. Da nun das Erkennen der Grundgedanken einer Erfindung meist viel verstandesmäßiger vor sich geht als die Inspiration des Künstlers, also einen etwas verschiedenen Vorgang darstellt, kann man diesen Vorgang besser als mit Inspiration, mit Ingenium bezeichnen. Selbstverständlich kommt das Ingenium in vielen Fällen bei der Arbeit vor dem Reißbrett. In einem solchen Falle entstehen dann gewöhnlich sehr schnell neue Konstruktionen.

Bis zu diesem Stadium sind die Tätigkeiten des Ingenieurs und des Künstlers einander annähernd gleich. Während die Tätigkeit des Künstlers nach dem Zustandebringen abgeschlossen ist, beginnt die schwerste Tätigkeit des Ingenieurs erst, nachdem seine Konstruktion oder Erfindung zum großen Teil in Gedanken fertiggestellt ist: die Probe auf das Exempel, das Ringen mit der Materie!

Von diesem Kampf des Ingenieurs kennt der Künstler wenig — in vielen Fällen gar nichts —, und dies ist der Grund, warum man den kampfgestählten Ingenieur zum mindesten für den Künstler gleichwertig achten sollte; denn auch die Arbeit des Ingenieurs ist nur dann von hohem Wert, wenn die ganze Persönlichkeit hinter dieser Arbeit steht, und ob das Ingenium oder die Inspiration höher zu bewerten ist, stellt eine unbeantwortbare Streitfrage dar.

HÜTTE DUISBURG-MEIDERICH

Aus der Tagespresse sind die Vorgänge allgemein bekannt, die zur Stillegung der Hütte Duisburg-Meiderich (Stahlverein) geführt haben. Letzten Endes sind die Angestellten und Arbeiter der Arbeitslosenfürsorge zugeführt worden um des Festhaltens willen an der „Unabdingbarkeit" eines Tarifvertrages, der unter ganz anderen wirtschaftlichen Voraussetzungen abgeschlossen wurde. Da ist es von Wert, an eine Rede des derzeitigen Reichsarbeitsministers Stegerwald, der aus der Gewerkschaftsbewegung bekanntlich hervorgegangen ist, zu erinnern, da in unserer schnellebenden Zeit allgemein rasch vergessen wird, namentlich dann, wenn die Wahrheiten unangenehm klingen. Es ist für die Leser von „Technik und Kultur" nichts Neues, was Stegerwald aussprach; mit anderen Worten, oft auch mit den gleichen, wurde hier dasselbe gesagt. So, wenn Stegerwald ausführte:

> „Das deutsche Volk ist in den letzten Jahren in einem großen Irrgarten umhergewandelt . . . Die Lohnbewegungen haben . . . bis in das Jahr 1929 ihren Fortgang genommen. Heute besteht unter allen Kreisen, die die Dinge nicht agitatorisch behandeln, Meinungsübereinstimmung darüber, daß der beschrittene Weg falsch war, und daß nunmehr weitgehend wieder zum Ausgangspunkt von 1927 zurückgekehrt werden muß. Wäre man nicht drei Jahre lang in einem Irrgarten umhergewandelt, dann ständen die deutschen Arbeitnehmer auch ohne Lohnerhöhungen in den Jahren 1928/29 in ihrer realen Kaufkraft bestimmt nicht schlechter da, als es gegenwärtig der Fall ist . . ."

Es ist natürlich recht schwer, die Geister, die man rief, nun wieder loszuwerden, und auch die Gewerkschaftsbewegung, die Stegerwald sehr nahesteht, der er selbst vorgestanden hat, war und ist an der Führung in den „Irrgarten" sehr maßgeblich beteiligt. Und nicht erst seit „drei Jahren" ist man in diesem „Irrgarten gewandelt", dessen Wege mit wachsenden Stillegungen gepflastert sind und an dessen Ausgangstor heute fünf Millionen Deutsche auf Arbeit wartend stehen. Sie warten darauf, daß endlich auf Worte Taten folgen. Aber seit der Reichsarbeitsminister sich zur Einsicht der Unhaltbarkeit so mancherlei „Errungenschaften" bekannt hat, seitdem er mutvoll den Finger in die Wunde gelegt hat, wird weiter in dem „Irrgarten umhergewandelt", und um der „Errungenschaften" willen werden immer neue Arbeitskräfte freigesetzt. Die Hütte Duisburg-Meiderich ist warnendes Fanal. Der Weg aus dem „Irrgarten" ist aufgezeigt. Jetzt muß sich zeigen, ob die Führer der Massen wirkliche Führer sind.

Dipl.-Ing. K. Friedrich.

VON UNSEREN HOCHSCHULEN

TH Berlin: Besuchsübersicht Winterhalbjahr 1930/31. — Ein Vergleich mit den Zahlen des Vorjahres (Winterhalbjahr 1929/30) ergibt folgendes Bild[1]:

Studierende im Winterhalbjahr	1929/30	1930/31
männliche	4957	5029
weibliche	77	111
beurlaubte	976	960
Gesamtzahl der Immatrikulierten	6010	6100

Die Gesamtzahl der Besucher (Studierende, Hörer, Gastteilnehmer) betrug 6870, davon 182 Frauen (1929/30: 6582, davon 139 Frauen).

[1] Technik und Kultur 21 (1930) 71

Von Interesse ist der Neuzugang:

Neu immatrikuliert im Winterhalbjahr	1929/30	1930/31
männliche	958	765
weibliche	26	35
wieder immatrikuliert	55	75
Zugang	1039	875

Die Gesamtzahl der Studierenden zeigt gegenüber dem Vorjahr keine wesentliche Änderung, wenn man von der relativ starken Zunahme an weiblichen Studierenden absieht. Dagegen hat der Neuzugang abgenommen von 1039 auf 875, also um rund 16%. Man wird abwarten müssen, ob sich der Rückgang fortsetzt, denn vorerst ist er durchaus unbefriedigend und zeigt, wie verhältnismäßig gering alle Warnungen und die doch allgemein sichtbare katastrophale Lage im technischen Beruf angeschlagen werden.

TH Breslau: Dr. Franz Simon, bisher nichtbeamteter a. o. Professor an der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin, wurde zum ord. Professor und Direktor des Physikalisch-Chemischen Instituts ernannt.

Dr. rer. techn. R. Suhrmann, Priv.-Doz. für physikalische Chemie, wurde zum nichtbeamteten a. o. Professor ernannt.

TH Dresden: Dr.-Ing. Adolf Busemann, bisher Priv.-Doz. für Angewandte Mechanik an der Universität Göttingen, habilitierte sich für das Lehrfach Strömungslehre und Thermodynamik.

TH Karlsruhe: Dr.-Ing. E. Wiberg habilitierte sich für das Lehrfach „Anorganische Chemie".

Die Wahlen zum Allgemeinen Studenten-Ausschuß hatten folgendes Ergebnis (1929 in Klammern):

	Sitze
1. Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund	12 (3)
2. Katholische Liste	4 (4)
3. Freistudenten	4 (5)
4. Großdeutsche Liste	5 (13)

TH Stuttgart: Ober-Baurat Professor Leopold Rothmund, bisher Rektor der TH Stuttgart, wurde für das Amtsjahr 1931/1932 wiederum zum Rektor gewählt.

INTERNATIONALE AUTOMOBIL-AUSSTELLUNG BERLIN 1931

Vom 19. bis 28. Februar 1931 fand in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm in Berlin die große Autoschau statt, die als ein Erfolg bezeichnet werden darf, sowohl hinsichtlich der Zahl der Besucher (350 000 Personen) als auch der geschäftlichen Seite. Die gedrückte wirtschaftliche Lage, unter der alle Volkskreise zu leiden haben, hatte bei der Autoindustrie nicht allzu große Hoffnungen auf den wirtschaftlichen Erfolg der Ausstellung aufkommen lassen. Nach allen Berichten sind die bescheidenen Erwartungen — ein Lichtblick unserer Tage — wesentlich übertroffen worden.

Der beispiellose Andrang der Besucher aber beweist, welch starkes allgemeines Interesse dem Automobil entgegengebracht wird, aber wie weit auch in der Bevölkerung Verständnis für technische Dinge vorhanden ist. Es ist nur zu wünschen, daß diese Tatsache auch unseren Behörden, Verwaltungen und gesetzgebenden Körperschaften endlich einmal bewußt wird, so daß sie ihre Maßnahmen und Gesetze darauf einstellen.

Wiederholt haben wir auf die wachsende volkswirtschaftliche Bedeutung des Kraftverkehrs hingewiesen; auf die veränderte Stellung der Landstraße, die durch das enger werdende Eisenbahnnetz vernachlässigt worden war und nun eine ungleich

größere Bedeutung gewinnt als früher. Die Autoschau gab in ihrer Gesamtheit — Personenwagen, Lastfahrzeuge und ausgedehnte Zubehörindustrie — ein Bild der Ausdehnung dieser Industrie, zeigte aber auch dem Laien, welchen Einfluß zu- oder abnehmende Motorisierung auf die Gesamtwirtschaft ausüben muß, und daß jegliche Maßnahme, die einer weiteren Ausdehnung des Kraftverkehrs Hemmnisse in den Weg legt, die gesamte Wirtschaftslage weitgehend beeinflußt.

Technisch bot die Ausstellung grundlegend Neues nicht. Die von einigen Ausstellern gezeigte Anwendung von Schwingachsen und Vorderantrieb waren ja für die Fachwelt an und für sich keine Neuheit. Der Personenkraftwagen hat im großen ganzen eine „Normal"-Form erreicht, an der geringe Abweichungen und besondere Einrichtungen nichts Wesentliches ändern. Aus der früheren Fülle von Personenwagentypen haben sich klar drei Typen herausgearbeitet: Luxuswagen, Gebrauchswagen und Klein(Volks)wagen. Zweifellos ist die deutsche Industrie im Bau der Kleinwagen in der Welt führend geworden. Mit diesen Wagen werden dem Kraftverkehr zweifellos neue und breite Kreise erschlossen. Bei den Luxus- und Gebrauchs(Mittel)wagen ist festzustellen, daß die deutsche Industrie den Wettbewerb mit den Ausländern (besonders den Amerikanern) sehr wohl bestehen kann, und zwar hinsichtlich der Preise, die wesentlich gegen früher gesenkt wurden, und der Konstruktion und Güte. Was noch dem ausländischen Wagen einen Vorsprung, namentlich dem mittleren Gebrauchswagen, gibt, das ist das günstigere Verhältnis zwischen Gewicht und Motorleistung. Der starke und niedrigtourige Amerikaner (typisch: Ford) wird trotz der höheren Besteuerung noch vielfach bevorzugt. Hier liegt es allein an unserer gänzlich verfehlten Steuergesetzgebung, wenn nicht ein Wandel bei den deutschen Motoren eintreten kann. Solange man die Besteuerung des Personenkraftwagens auf dem Zylinderinhalt des Motors aufbaut und nicht endlich sich zu einer reinen Verbrauchssteuer durchringt, wird der Amerikaner mit seinen Wagen, die bei niedrigem Preis kräftigere Maschinen haben, ein weites Absatzgebiet finden, während der deutsche Konstrukteur, von der Steuerformel beeinflußt, nicht von dem hochtourigen und damit stärkerem Verschleiß unterworfenen Motor loskommt. In dieser Hinsicht bot die Autoschau ein recht lehrhaftes Beispiel: Ford zeigte die wichtigsten Teile eines Wagens, der in 100 Tagen auf deutschen Landstraßen 100 000 km zurückgelegt hat, neben den jeweils neuen Teilen, und der Ausstellungsbesucher hatte Gelegenheit, den „Verschleiß" dieser Teile selbst festzustellen; nicht bloß der technische Laie dürfte überrascht gewesen sein!

Es wäre im Interesse der deutschen Autoindustrie nur zu wünschen, daß diese Autoschau und namentlich der hier wie sonst nirgends ermöglichte ausgedehnte Vergleich der deutschen und ausländischen Fabrikation den zuständigen Stellen Veranlassung gibt, an das Problem der Förderung des Kraftverkehrs, auch von der Steuerseite her, ernstlich und als dringend heranzugehen. Noch haftet anscheinend in diesen Stellen allzusehr die Ansicht, daß der Personenwagen ein Luxusfahrzeug ist, und daß der Benutzer des Wagens „Geld hat". Und diese Einstellung findet man auch noch viel bei jenen Gewerbebetrieben verbreitet, mit denen der Kraftfahrer in unmittelbare Berührung kommt, wie Hotels u. a. Auch im Volksbewußtsein wurzelt dieser Gedanke noch viel zu stark; doch dürfte gerade hier diese Autoschau mit ihrer großen Besucherzahl erneut Bresche geschlagen haben. Amtliche Stellen, gesetzgebende Körperschaften und die Allgemeinheit müssen sich völlig klar werden, daß die Zeit, in der das Auto ein Luxusfahrzeug und ein Vorrecht begüterter Kreise war, auch in Deutschland endgültig vorbei ist. Und damit ist es allerhöchste Zeit, daß man sich auf diese veränderte Sachlage einstellt.

Wie stark die Besteuerungsart auf den Bau der Fahrzeuge einwirkt, zeigte die Schau der Lastkraftfahrzeuge, die freier in der Motorenbemessung als die Personenwagen sind. Im Bau der Lastkraftwagen („Nutzfahrzeuge" nennt man sie fälschlich, weil man anscheinend den Personenwagen nicht als „Nutzfahrzeug" anspricht; siehe oben!) ist die deutsche Industrie in ihren Spitzenleistungen führend, das Ausland hatte zum mindesten nichts Besseres zu zeigen. Besonders beachtet wurden die Rohölmotoren, von denen der von Krupp gezeigte Glühringmotor zu erwähnen ist, und der ebenfalls von Krupp ausgestellte Riesenkraftwagen.

Künstlerisch befriedigte die Ausstellung, was die gezeigten Karosserien (ein schreckliches Wort!) betrifft, im allgemeinen zweifellos. Die Linien der Personenwagenaufbauten waren fast durchweg ansprechend und vielfach in der Farbenzusammenstellung ästhetisch einwandfrei. Wir sahen aber einen rotlackierten Wagen, in Form tadellos, auf dessen Lack (Stahlaufbau) das Muster eines Korbgeflechtes aufgemalt war! Eine solche Geschmacklosigkeit sollte heute doch wohl nicht mehr möglich sein. Schön ist doch nur, was auch wahr ist. Doch dürfte dieser Wagen ein Ausnahmefall gewesen sein, er möge es auch bleiben. H.-St.

LITERATUR

Wilhelm, Fritz: Kampf. Als Wirtschafts-Pionier in Übersee im Dienste der deutschen Industrie. — Hamburg: Verlagsbuchhandlung Broschek & Co. 1930. 224 S. 8⁰. Lwbd. 5,— RM.

Nie traten die Absatzschwierigkeiten und ihre Überwindung in einer so erschreckenden Form an den deutschen Ingenieur heran wie in dieser Zeit, und noch nie wurden in so packender Weise die Wege gewiesen, die beschritten werden müssen, um zum Erfolg zu gelangen, wie in dem vorliegenden fesselnden Buch, das in Form persönlichen Erlebens alle die Probleme behandelt, die so ungeheuer wichtig für alle sind, die für die deutsche Industrie den Kampf im Ausland gegen das Ausland aufnehmen wollen. Das Buch erinnert in manchem an Max Eyth, der in „Hinter Pflug und Schraubstock" das Leben eines Ingenieurs in Übersee, der die Völker in der Handhabung der Maschinen unterweist, behandelte. Fritz Wilhelm, der als Industrie-Pionier unseres Vaterlandes dazu beigetragen hat, Werte zu gewinnen und uns neuen Lebensraum zu schaffen, erzählt vom Leben und Kampf des Vertriebs-Ingenieurs in Übersee und übermittelt uns alle die Gedanken, die dieses Leben beherrschen. Angefangen mit seiner Jugend, schildert er seinen Lebensweg als Verkaufs-Ingenieur in Übersee und zeigt dabei Richtlinien, die als wertvoller Bestandteil für die Entwicklung der noch so jungen Vertriebs-Wissenschaften aufzufassen sind. Im Rahmen der eigenen Ausbildung wird der Weg für die Auswahl und Heranbildung der Auslands-Ingenieure, des Ingenieur-Kaufmanns, festgelegt. Endlich einmal wird jedermann Gelegenheit gegeben, die Arbeit und den Aufgabenkreis des Auslands-Ingenieurs kennen und würdigen zu lernen.

Die Schilderung der eigenen Entwicklung wird unterbrochen von Gedanken über die Verschiedenheit der einzelnen Länder, über ihre Eigenheiten und ihre Kultur und die dadurch bedingten Erfahrungen. Hierdurch erhält das Werk nicht nur für den Fachmann, sondern auch für den Laien seinen Wert, denn es vermittelt Kenntnisse, ohne in einen lehrhaften Ton zu verfallen.

Nordamerika, China und Japan lernen wir unter einem bisher nie beachteten Gesichtspunkt betrachten: Verkauf und Absatz unter Anpassung an das fremde Volk. Nicht nur Veranlagung und Mut gehören dazu, den Kampf in

Übersee zu führen, sondern neben einer gehörigen Dosis Glück ist die Hauptvoraussetzung das Kennenlernen der Eigenarten der zu bearbeitenden Menschen. Hier ist die erstaunliche Beobachtungsgabe des Verfassers durchaus bemerkenswert, der seine Eindrücke kurz und eindrucksvoll wiedergibt, ohne sich in Kleinigkeiten zu verlieren.

Für den Fachmann ist auch die Nutzanwendung der gemachten Erfahrungen auf die heimische Industrie von besonderem Interesse. Als Kenner mehrerer Großunternehmungen weist er auf die Fehler und die damit verbundenen Gefahren für die Entwicklung des Absatzes in sachlicher Kritik hin und zeigt eindringlich die Wege zur Hebung des Überseemarktes, wodurch das Buch auch seinen Wert für die verantwortlichen Leiter der Großindustrie erhält und somit verdient, sowohl vom Vertriebs-Ingenieur als auch vom verantwortlichen Leiter des Stammhauses und der heimischen Ingenieure gewürdigt zu werden, die dazu berufen sind, die Arbeiten der Herren jenseits der Meere zu unterstützen.

Dipl.-Ing. Neubauer.

SCHWARZES BRETT

BV Wuppertal
(= BV Barmen-Elberfeld)

Gesellige Zusammenkunft: jeden Freitag, 20.30 Uhr, Elberfeld, Hotel „Vier Jahreszeiten".

Ortsgruppe Hagen: gesellige Zusammenkunft jeden Mittwoch, 20 Uhr, Hotel „Preußenhof".

BV Berlin

Stammtisch: 19. März 1931, 20.30 Uhr, „Restaurant im Grand-Hotel am Knie", Bismarckstraße 1, Ecke Berliner Straße

BV Bochum

Gesellige Zusammenkunft: jeden 2. Mittwoch im Monat, 20 Uhr, Parkhotel „Haus Rechen".

Mitglieder-Versammlung: am 20. März 1931 spricht Herr Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz, Berlin

BV Breslau

Stammtisch-Abende: jeden Mittwoch in der „Haase-Gaststätte" am Tauentzien-Platz

Vortrag von Herrn Professor Hortleb als Einleitung zur Städtebau-Film-Vorführung: „Die Stadt von morgen" am Mittwoch, 18. März 1931, 20 Uhr, in der Aula der Technischen Hochschule

BV Chemnitz

Voranzeige: auf der **Mitglieder-Versammlung** am 4. Mai 1931 spricht Herr Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz, Berlin

BV Dresden

Der nächste **Diskussions-Abend** findet statt: 20. März 1931: „Der Verwaltungs-Ingenieur", einleitend spricht Herr Dipl.-Ing. Ivers

BV Düsseldorf

Mitglieder-Versammlung: jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.30 Uhr, im „Wittelsbacher Hof".

Stammtisch: jeden 3. Dienstag im Monat, 20.30 Uhr, im „Wittelsbacher Hof".

BV Halle (Saale)

Voranzeige: **Mitglieder-Versammlung** am 6. Mai 1931, Vortrag von Herrn Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz, Berlin

Einladung ergeht noch!

BV Hamburg-Altona

25. März: Vortragsabend
20. April: Lichtbildervortrag (Westl. Mittelmeer)
11. Mai: Mitglieder-Versammlung

Besondere Einladung ergeht! Abende freihalten!

Gesellige Zusammenkunft (mit Damen): jeden 1. Donnerstag im Monat im „Kronprinzen", Kirchenallee 46

BV Karlsruhe

Verbands-Abende: 1. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, im Rathausbräu („Deutscher Hof"), Erbprinzenstraße 42, Ecke Karlstraße.

Gesellige Zusammenkünfte: jeden 2. und 4. Freitag im Monat, 20 Uhr, im Keglerheim, Kaiserallee 13. Gäste sind zu den Verbands-Abenden und den geselligen Zusammenkünften jederzeit eingeladen.

BV Kassel

Zusammenkünfte: 3. Donnerstag im Monat im „Zentgrafen", Hohenzollernstraße, 20.30 Uhr.

BV Köln

Gesellige Zusammenkunft: jeden Dienstag, 20 Uhr, im „Weihenstephan".

Mitglieder-Versammlung: 24. März 1931!
Es spricht Herr Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz, Berlin

Gau Rheinland-Westfalen

Gau-Sitzung: 21. März 1931 in Bochum; es spricht Herr Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz, Berlin

Rußland

Diplom-Ingenieure, die mit Rußland wegen Stellung in Verbindung treten, dürfen keinen Vertrag abschließen ohne vorherige Beratung durch den Verband (auch die BV sind dazu in der Lage)